Lübecker Volksbote

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, sowie durch die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt bei der Lieferung durch die Austräger vierteljährlich 4.50, monatlich 1.50 Mk.

Redaktion und Geschäftsstelle: Johannisstraße Nr. 46 Fernsprecher Nr. 926

Die Anzeigengebühr beträgt für die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 70 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 60 Pfg., auswärtige Anzeigen 70 Pfg. — Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 229. Mittwoch, den 1. Oktober 1919. 26. Jahrg.

Deutsche Nationalversammlung.

Berlin, Dienstag, 30. September,
87. Sitzung. Nachmittags 3 Uhr.

Am Regierungstisch: Noske, Erzberger.

Der Sitzungssaal und die Estrade für die Vertreter des Reichsrates sind stark besetzt.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Minuten mit einer Reihe geschäftlicher Mitteilungen und richtet dann an das Haus eine Ansprache, in der er hoffte, daß die Arbeiten der Nationalversammlung in Berlin erfolgreich sein mögen. Ferner gedachte er des Todes des Abg. Naumann.

Auf der Tagesordnug stehen zunächst

17 Anfragen.

Dr. Petersen (DDP.) fragt, ob die Reichsregierung in der Lage ist, den die Oeffentlichkeit aufs schwerste beunruhigenden Behauptungen der Zeitung „Der Seemannsbund“ entgegenzutreten, wonach in Wahrheit nicht die Entente die Forderung nach Entfernung der deutschen Seeleute gestellt hat, sondern daß die Reeder selbst hinter dieser Forderung stehen. Das Blatt hatte behauptet, daß es die kapitalistischen Reeder gewesen seien, die es verschuldet hätten, daß die Seeleute nach der Ablieferung der Handelsschiffe sofort die Schiffe verlassen hätten, in der Annahme, daß die feindlichen Regierungen es forderten, und daß die Seeleute spartakistisch verseucht wären.

Unterstaatssekretär Dr. v. Joncquieres: Die Behauptung, daß die Reeder es verschuldet, daß die Seeleute nach der Ablieferung unserer Handelsschiffe die Schiffe verlassen hätten, ist mit Recht bereits als historische Lüge charakterisiert worden. Bei den Verhandlungen über die Ausführung der Waffenstillstandsbedingungen in Berlin bestand zwischen Regierung und Reedern vollkommenes Einverständnis darüber, daß in der Tat von der Entente die Forderung gestellt worden war, die deutschen Seeleute müßten die Schiffe am Uebernahmetag verlassen. In diesem Sinne sind auch von den deutschen Reedern und den Seeleuten die weiteren Verhandlungen in Spaa und Brüssel geführt worden. Der Verdacht, daß die deutschen Mannschaften bolschewistisch gesinnt seien, ist dabei entschieden zurückgewiesen worden. Es wurde dabei erreicht, daß hinsichtlich des Verbleibens der Mannschaften auf den Schiffen von den Alliierten Zugeständnisse in Aussicht gestellt wurden. Die ungünstigen Nachrichten über das Verhalten der Mannschaft konnten nicht aufrechterhalten werden.

Eine Ergänzungsanfrage des Abg. Kotzur beantwortet der Unterstaatssekretär dahin, daß in Erwägung gezogen wird, den beschädigten Gemeinden eine Besserstellung durch Naturalisierung zu gewähren.

Gilsing (Z.) fragt nach Hilfsmaßnahmen für die aus Elsaß-Lothringen geflüchteten Reichsdeutschen, insbesondere für die ohne Existenz dastehenden Kaufleute und Gewerbetreibenden, Handwerker und Arbeiter.

Ministerialdirektor Götz: Die Reichsregierung ist sich bewußt, daß diese reichsdeutschen Personen besonderer Fürsorge bedürfen. In erster Linie wird das Rote Kreuz für sie eintreten, welchem zu diesem Zwecke reichliche Mittel übergeben worden sind. Außer fortlaufenden Unterstützungen jeglicher Art soll besonders den Gewerbetreibenden durch Darlehnskassen geholfen werden, deren Ausbau die Regierung das größte Interesse entgegenbringt.

Dr. Traub (DNP.) fragt, ob die Regierung gewillt sei, die von der Agentur Havas verbreitete Meldung im Wortlaut zu veröffentlichen, wonach Reichsminister Erzberger die Vorgänge vom September 1917 ungenau dargestellt und falsch interpretiert habe. Die Mailänder „Italia“ habe mitgeteilt, daß es sich nicht um ein englisches Friedensangebot, sondern um die Antwort der britischen Regierung auf die päpstliche Friedensnote gehandelt habe. Auch Painleve und der englische Unterstaatssekretär Harmsworth hätten erklärt, daß die britische Regierung zu jener Zeit keinerlei Friedensangebot an Deutschland gemacht habe. Auch Minister Hänisch habe in der „Glocke“ Erzbergers Darstellungen als historisch und sachlich sehr ungenau bezeichnet.

Konsul Saunier: Eine Veröffentlichung des Wortlautes beabsichtigt die Regierung nicht, vielmehr ist das nötige Material der besonders hierfür eingesetzten parlamentarischen Untersuchungskommission in amtlicher Uebersetzung überwiesen worden.

Löwe (Soz.) fragt nach Maßnahmen der Regierung, durch die den Beschuldigungen entgegengetreten werden könne, daß die Regierung nicht das Nötige für die rechtzeitige Rückgabe der Kriegsgefangenen getan habe.

Reichskommissar Stücklen: Es ist richtig, daß die Kölner Vertreter des Volksbundes zum Schutze der Kriegs- und Zivilgefangenen, Professor Bucherer und Oberregierungsrat Bulting, bei dem englischen Oberst Ryan in Köln erschienen sind und erklärt haben, daß es als ein Versäumnis der deutschen Regierung betrachtet werden müsse, wenn die Gefangenenfrage bisher keine definitive Lösung gefunden habe. Durch dieses unqualifizierte Vorgehen ist unter den Gefangenen, denen in den englischen Gefangenenlagern diese Aeußerungen durch Anschlag bekannt gemacht worden sind, eine ungeheure Erregung hervorgerufen worden. Daß diese Aeußerungen auch anderen Mächten mitgeteilt worden sind, ist nicht erwiesen. Wenn der Studienreferendar Gronhardt in Magdeburg gesagt hat, Ministerpräsident Bauer habe geäußert, man könne die Kriegesgefangenen jetzt in der Heimat nicht gebrauchen, man hätte außerdem kein Geld für Ueberläufer, so genügt es festzustellen, daß der Reichskanzler Bauer niemals eine solche oder eine ähnliche Aeußerung getan hat, daß vielmehr immer bei den maßgebenden Stellen alles geschah, um eine baldige Heimkehr der Kriegsgefangenen herbeizuführen. Die Regierung ist ferner gewillt, alles zu tun, um zu verhüten, daß die Gefangenen zu politischen Zwecken mißbraucht werden. Zur besonderen Genugtuung kann es gereichen, daß der Heimtransport der Kriegsgefangenen sich bisher vollkommen glatt abgewickelt hat, und daß die Kriegsgefangenen anerkennen, daß sie in der Heimat in herzlichster Weise willkommen geheißen werden. (Beifall.)

Eine Anfrage der Demokraten verlangt die beschleunigte Auflösung der Lager der Reichstextil-Aktien-Gesellschaft, insbesondere die unverzügliche Freigabe der noch in Reichs- und Privatlagern befindlichen wesentlichen Mengen von beschlagnahmten Garn für die Verarbeitung.

Ein Vertreter des Reichswirtschaftsministeriums erklärt, daß die Lager mit größtmöglichster Beschleunigung geräumt werden, daß eine Zurückhaltung beschlagnahmten Garns nicht erfolgt.

Auf eine Anfrage des Abgeordneten Dusche, betreffend die Güterbeamten der bisherigen Ansiedlungskommission im Osten, erklärt

Geheimer Oberregierungsrat Landmann, daß für diese Beamten und deren anderweitige Uebernahme tunlichst gesorgt werde. Das Reichsarbeitsministerium setzte sich dieserhalb auch mit dem preußischen Landwirtschaftsministerium in Verbindung.

Der Gesetzentwurf betreffs weiterer vorläufiger Regelung des Reichshaushalts für 1919 bringt die Ermächtigung der beiden diesjährigen Notetats auf den Monat Oktober 1919 und nimmt im Haushalt der allgemeinen Finanzverwaltung unter anderm einen Kredit von 1,4 Milliarden Mark für das Reichsheer, eine Milliarde Mark für einmalige außerordentliche Ausgaben der einzelnen Reichsverwaltungen und 15 Milliarden Mark für die Ausführung des Friedensvertrages, insbesondere den Wiederaufbau sowie für sonstige Aufwendungen aus Anlaß des Krieges in Aussicht.

Der Notetat wird in allen drei Lesungen ohne Debatte erledigt und unverändert angenommen.

Die Interpellation der Deutschen Volkspartei und der Deutschnationalen, betreffend Hebung der deutschen Valuta durch inländische Maßnahmen und durch internationale Vereinbarungen, erklärt auf die Anfrage des Präsidenten Erzberger namens der Reichsregierung sobald wie möglich antworten zu wollen.

In der ersten Beratung des Gesetzentwurfs über die durch innere Unruhen verursachten Schäden bemerkt

Heilmann (Soz.): Es ist eine große Unbilligkeit, den Ersatz dieser Schäden den Gemeinden aufzubürden. In Berlin sind bereits über 15 000 Entschädigungsansprüche angemeldet worden, die 50—60 Millionen erfordern. Redner beantragt die Ueberweisung der Vorlage an den Haushaltsausschuß.

Astor (Z.): Wir haben gegen diese wichtige Vorlage eine Reihe von Bedenken. Diese bedürfen gründlicher Prüfung im Ausschuß. Wir wünschen, daß eine besondere Kommission von 28 Mitgliedern gebildet wird.

Bärwaldt: Wir begrüßen dieses Gesetz, weil es geeignet ist, die völlige Rechtsungleichheit auf dem Gebiete der Entschädigung für Tumultschäden zu beseitigen. Die Schadenersatzpflicht des Reiches muß auch auf die Geschädigten in Oberschlesien, Posen, West- und Ostpreußen ausgedehnt werden. Es handelt sich da meist um kleinere Leute, die ihr Hab und Gut verloren haben. Wir halten eine Kommission von 21 Mitgliedern für ausreichend. (Beifall.)

Unterstaatssekretär Lewald: Bei der Kritik der den Mehrheitsparteien angehörenden Vorredner könne man sich um ein oder mehrere Jahre zurückversetzt denken. Dieses Gesetz entsprang gerade einer Regierung, die aus diesen Mehrheitsparteien hervorgegangen ist. (Heiterkeit.) Nun wird gesagt, daß die Gemeinden dazu mitzuwirken hätten. Derartige Tumulte zu verhindern, ist vollkommen ausgeschlossen. In der Regel komen die Anstifter von außen herein, in Berlin aber sind diese Elemente zum großen Teil ansässig. Deshalb ist es sachlich logisch und durchaus gerechtfertigt, die Städte mit haftbar zu machen. Es gibt auch ein sehr wirksames Mittel, solche Tumulte zu verhindern, das ist die Schaffung der Einwohnerwehren, die allerdings von einer großen Partei in Grund und Boden verdammt werden. Die Gemeinde, die eine solche Einwohnerwehr nicht hat, muß dafür verantwortlich gemacht werden. Es ist nicht richtig, daß dieses Gesetz eine Prämie für die Ausraubung der Wohlhabenden bedeutet. Auch der Wohlhabende wird entschädigt, da auch seine Existenz gefährdet werden kann. Würden die Reichsfinanzen es zulassen, so wäre es am bequemsten, sämtliche Schäden bis zur letzten Fensterscheibe zu ersetzen. Der gegenwärtige Reichsfinanzminister und seine beiden Vorgänger haben sich aber entschieden gegen eine solche Entschädigung gewehrt. Es kommt hinzu, daß wir noch nicht am Abschluß der Entwicklung stehen und nicht wissen, was noch kommt. Verbesserungen in dem Entwurf sind durchaus möglich und wir werden in der Kommission gewissenhaft mitarbeiten. Wir dürfen aber die Opfer der Revolution nicht günstiger stellen als die durch den Krieg und feindliche Flieger geschädigten Personen.

Warmuth (DNP.): Vollständig kann man die Haftung der Gemeinden nicht ausschalten. Vielfach sympathisieren die Gemeindeorgane mit den aufrührerischen Elementen. Da wäre es eine Torheit, sie von ihren Verpflichtungen zu befreien. Den Gewerbetreibenden und Handwerkern gegenüber wäre es eine sehr große Härte, wenn man sie nur entschädigen wollte, wenn ihre Existenz vernichtet ist. Durch ein festeres Zupacken hätte die Regierung manchen Schaden vorbeugen können. Heute muß sie die Konsequenzen ziehen. Aus finanziellen Rücksichten die Verpflichtungen abzulehnen, geht nicht an. Es würde dies auf das Ausland den denkbar schlechtesten Eindruck machen und nicht immer dazu beitragen, unsere Valuta zu heben. Die Anregung, die durch die polnischen Vorkommnisse Beschädigten nicht in das Gesetz hineinzuziehen, entspricht durchaus unseren Ansichten. Auch wir sind für eine Kommission von 28 Mitgliedern.

Um 6¼ Uhr wird darauf die Weiterberatung auf Mittwoch 1 Uhr vertagt, außerdem Arbeitszeit in den Bäckereien und Valuta-Interpellation.

Aus der Nationalversammlung.

Der Ausschuß der Nationalversammlung für das Elektrizitätsgesetz nahm seine Beratungen wieder auf. Ein Regierungsvertreter berichtete eingehend über verschiedene Bauprojekte und in Ausführung begriffene Leitungen, unter denen eine 1000-Volt-Leitung von Berlin nach Bitterfeld und von da nach Leipzig an erster Stelle steht. Auf Anfrage Gotheins (Demokrat) teilte der Regierungsvertreter mit, daß zur Ausführung des Projektes Leipzig-Bitterfeld das nötige Material vorhanden sei bis auf den Zement, der aber wohl auch beschafft werden könnte. Der Ausschuß hörte mehrere Sachverständige an, die über Fragen der Elektrizitätswirtschaft eingehende Auskunft gaben.

Der Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung genehmigte mehrere Paragraphen einer Verordnung, die für die Uebergangszeit einige Abweichungen von den gesetzlichen Bestimmungen des Branntweinmonopols vorsieht, unter anderem wird den Brennereien die Verarbeitung von Ersatzstoffen mit Rücksicht auf die Ernährungslage gestattet. — Eine Bestimmung der Verordnung dehnt den Eigentumsübergang auf das Reich aus, auch die versteuerten oder verzollten Bestände von Branntwein aus Wein. Dem Reiche werden dadurch Konjunkturgewinne von etwa 50 Millionen Mark erwachsen. — Eingehend wurde weiterhin die Frage der Mehl- und Brotpreise erörtert, nachdem ein Regierungsvertreter Mitteilungen über die künftige Regelung der Preiszuschüsse des Reiches gemacht hatte. Die Freigabe des Hafers wurde als ein Fehler bezeichnet. Der Termin der nächsten Sitzung ist unbestimmt.

Reichsnotopfer, Vermögenssteuer oder Zwangsanleihe?

Der Ausschuß der Nationalversammlung für das Reichsnotopfer beschäftigte sich am Dienstag mit dem Vorschlag Hendrics (DDP.), an Stelle der einmaligen Vermögensabgabe eine jährliche Vermögenssteuer einzuführen. Ein Vertreter der Deutschen Volkspartei empfahl die Frage einer Verbindung von Zwangsanleihen und Vermögenssteuern zu erwägen. Der Finanzminister meinte, die breiten Volksmassen würden es nicht verstehen, wenn man nicht eine Vorwegbelastung des Besitzes vor der Einführung indirekter Steuern vornehme. Der Minister bekämpfte den Gedanken einer Zwangsanleihe. Die Zwangsanleihe lehnt der demokratische Redner gleichfalls ab. Ein Mitglied der Mehrheitssozialisten erklärte, der überwiegende Teil der Partei stehe auf dem Boden des Reichsnotopfers. Ein Zentrumsredner betonte im Namen seiner Partei die unbedingte Notwendigkeit der baldigen Durchführung einer allgemeinen Vermögensabgabe auf der Grundlage des Regierungsentwurfs. Nachdem der Finanzminister festgestellt hatte, daß die Mehrheit des Ausschusses auf dem Boden der Vorlage stände, wurde die Beratung auf Mittwoch vertagt.

Politische Rundschau.

Deutschland

Die Kosten der Reichswehr.

Der Haushaltsausschuß der Nationalversammlung nahm am Dienstag den Lohnetat in Beratung, in dem neben einer Forderung von 133,4 Millionen Mark für Kriegsteuerungszulagen an Beamte, Lohnangestellte und Ruhegehaltsempfänger ein neuer Kredit von 15 Millionen Mark angefordert wird. Bei dem Ansatz für die Verwaltung des Reichsheeres erklärte auf Bemängelung des Abgeordneten Stücklen Reichswehrminister Noske, daß nicht soviel militärische Gebäude mehr zur Verfügung ständen, wie vielfach angenommen würde. Keinesfalls könnten die militärischen Gebäude leichthin aus der Hand gegeben werden. Schirmer (Z.) verwies auf den geradezu erschreckend hohen Ansatz von mehr als 1 Milliarde im Monat für Zwecke des Reichsheeres. Der Reichswehrminister erwiderte, daß die beabsichtigte Verringerung der Heeresausgaben nicht habe eintreten können im Hinblick auf die Vorgänge im Osten. Die spartakistischen Unruhen in Oberschlesien erforderten jedenfalls ein stärkeres Aufgebot an Reichswehr. Der Minister gab der Hoffnung Raum, daß die aus Kurland zurückgerufenen Mannschaften auch im Hinblick auf den Löhnungsentzug und Verlust der Versorgungsansprüche den gegebenen Verhältnissen Rechnung tragen und zurückkehren werden. Wie die in russische Dienste übergetretenen Mannschaften zurückgeholt werden können, dafür wisse er noch keinen Weg. Bei den Heereskosten seien noch die Ausgaben für die zur Entlassung kommenden zahlreichen Soldaten und Gefangenen eingestellt. Abg. Stücklen (Soz.) bemerkte dazu, daß das diesbezügliche Verlangen der Alliierten wohl kaum erfüllbar wäre. Mit den im Osten getroffenen militärischen Maßnahmen könne man im allgemeinen einverstanden sein. Daß das Söldnerheer mehr kosten würde als das stehende Heer, sei ihm längst klar gewesen. Auf Anfrage des Abg. Dr. Pachnicke teilte Reichswehrminister Noske mit, daß die Stärke der Reichswehr sich zurzeit auf rund 400000 Mann belaufe. Die Bestände seien aber stark im Schwinden, da die Werbung seit 1½ Monaten untersagt sei und viele der Soldaten ausschieden, wenn sie Arbeitsgelegenheit gefunden hätten. Er werde schließlich die Anwerbung wieder in Aussicht nehmen müssen. Der Notetat wurde genehmigt.

v. Tirpitz-Erinnerungen.

Die Papierfabriken sind um eine gehörige Portion dieses kostspieligen Produktes erleichtert worden. Der ehemalige Marinestaatssekretär und Kriegsschwärmer v. Tirpitz hat seine „Denkwürdigkeiten“ herausgegeben. Weltbewegendes erfährt man daraus nicht. Soweit uns einige Kapitel des Buches vorliegen, beweisen sie nur, was schon allgemein bekannt ist, daß Tirpitz Anhänger des rücksichtslosesten U-Boot-Krieges war. Nach der Torpedierung der „Lusitania“ vertrat er mit dem Kaiser gegenüber dem Reichskanzler die Ansicht: „Entgegenkommen gefährdet unsere Stellung mehr als Festigkeit.“ Während der Reichskanzler die Verantwortung für die Führung des U-Boot-Krieges in der bisherigen Form ablehnte, vertraten v. Tirpitz und der Chef des Admiralstabes die Ansicht, daß das Verlangen des Reichskanzlers, den U-Boot-Krieg so durchzuführen, daß keine politischen Konflikte entstünden, militärisch nicht durchführbar wäre. Auf Vorschlag von Bethmann-Hollweg befahl schließlich der Kaiser, Passagierdampfer, auch solche des Feindes, nicht zu versenken. An der Besprechung, die diesem Befehl vorausging, hatte v. Tirpitz

nicht teilgenommen. Wie er in seinen „Denkwürdigkeiten" erklärt, blieb ein Protesttelegramm von ihm unberücksichtigt. In den Kreisen der Regierung wurde die Frage, den U-Boot-Krieg gänzlich aufzugeben, ernstlich erwogen. Besonders warm scheint der Reichskanzler dafür eingetreten zu sein. Herr v. Tirpitz wollte aber nicht, daß man der Regierung und der Heeresleitung eine Schwäche nachsagen konnte und deshalb hielt er am U-Boot-Krieg fest. Als dann der Reichskanzler beim Kaiser dennoch durchsetzte, daß man Amerika gegenüber Konzessionen machen soll, hielt es v. Tirpitz in seinem Amte nicht mehr länger aus.

Wenn also der Gerichtshof zusammentreten wird, der die Schuldigen am Kriege zur Rechenschaft ziehen soll — was übrigens doch endlich geschehen sollte — so wird man wissen, wie man den U-Boot-Fanatiker Tirpitz zu behandeln hat.

Die Berliner Ueber-Revolutionäre.

In der Versammlung der U. S. P.-Arbeiterräte und Funktionäre Berlins beklagte sich Richard Müller sehr stark über die rücksichtslose Opposition der neuen kommunistischen Vertreter im Vollzugsrat. Die Kommunisten fordern die Arbeiter auf, für den Vollzugsrat keine Beiträge mehr zu zahlen. Müller und Däumig wandten sich auch energisch gegen die kommunistische Agitation, die die Gewerkschaften vernichten und nur die Betriebsräte anerkennen wollen. Die Parole müßte sein: Revolutionäre Gewerkschaften, nieder mit der Gewerkschafts-Bureaukratie. — In Berlin erscheint übrigens seit einiger Zeit die „Rote Fahne" wieder, jedoch, wie sie selber angibt, nur zwei- bis dreimal in der Woche.

Rußland.

Bolschewistische Archivöffnung. Als die Bolschewisten ans Ruder kamen, haben sie ein paar sensationelle Akten aus den russischen Staatsarchiven publiziert. Seit langer Zeit ist aber nichts mehr gekommen. Ein Berliner Blatt veröffentlicht jetzt eine Meldung, die dieses Schweigen einigermaßen erklärlich macht. Danach hat die russische Archivkommission einen Bericht über die bisherigen Ergebnisse ihrer Arbeiten veröffentlicht, indem sie die bedauerliche Tatsache konstatiert, daß eine ganze Anzahl der wertvollsten Archive unveröffentlicht verloren gegangen ist. So wurden z. B. die Archive von Petersburg, Moskau, Saratow und Minsk als Makulatur nach Gewicht verkauft. Allerdings ein sehr bequemes Verfahren, die Archive zu öffnen. In bolschewistisch regierten Ländern liefern manchmal die Tatsachen eine sehr merkwürdige Begleitmusik zu den großen Worten der Regierenden.

Italien.

Auflösung der Kammer. Die italienische Deputiertenkammer wurde aufgelöst. Die Wahlen wurden zum 10. Oktober ausgeschrieben. Senat und Kammer werden am 1. Dezember zusammentreten.

In Rom fanden große sozialdemokratische Demonstrationen gegen das Abenteuer von Fiume statt. Unter dem Rufe: „Nieder mit dem Krieg!" durchzogen die Massen, Abgeordnete und Parteiführer an der Spitze, die Straßen der Stadt. „Avanti" schreibt dazu, daß das römische Volk endlich wieder Herr der Straße sei und seine Macht für die Unschädlichmachung der Nationalisten und der Militärklique rücksichtslos benützen werde.

England.

Der Eisenbahnerstreik. Die Regierung richtete einen Aufruf an die Oeffentlichkeit, der die Ueberschrift trägt: „Der Daseinskampf der Gesellschaft", und der das Volk auffordert, bei der Bekämpfung der Streiks behilflich zu sein durch Haushalten mit Petroleum, Kohlen und Lebensmitteln. Für die Industrie in Süd-Wales hat der Streik eine sehr ernste Situation geschaffen. Die meisten Kohlenbergwerke müssen den Betrieb einstellen, ebenso die Stahl-, Eisen-, Zinnplatten-, Kupfer- und Telephonindustrie. Die übrigen Kohlengebiete sowie die Spitzenindustrie in Nottingham werden gleichfalls außerordentlich geschädigt. Zwischen London und Brighton ist mit Hilfe von Omnibussen und Wagen ein Aushilfsverkehr eingeleitet. Laut Meldung des Amsterdamer „Telegraaf" ist der Hydepark in London, der als Depot für Motorlastwagen benutzt wird, jetzt für das Publikum vollständig geschlossen. Die Häfen von Cardiff, Swansea und Newport sind blockiert. In York ist der Verkehr vollständig lahmgelegt. Der in England vorhandene Lebensmittelvorrat reicht für etwa 14 Tage. Nach einer Meldung aus Washington gibt das Londoner Schiffahrtsamt bekannt, daß alle Verschiffungen von den Vereinigten Staaten nach England wegen des Streiks eingestellt sind. Die Regierung fordert weiter Freiwillige für die Bedienung der Lastkraftwagen an. Ferner wurden ausgedehnte Bestimmungen für die Aufrechterhaltung der Lieferung, Beförderung und Verteilung von Milch, Fleisch und anderen Nahrungsmitteln erlassen. Im allgemeinen hat sich die Lage wenig verändert.

Kleine politische Nachrichten.

Die „Freie Zeitung", das Organ der „Kontinentalpolitiker" und ähnlicher Quertreiber in der Partei, stellte am 30. September ihr Erscheinen ein. Mit der täglichen Beschimpfung Noskes und Heines war in Berlin kein Geschäft mehr zu machen. Die „Freie Zeitung" hatte schließlich nur noch einen Leser, nämlich die Redaktion der „Freiheit", von der sie als „Stimme der Kritik aus dem rechtssozialistischen Lager" häufig zitiert wurde. Hans Leuß war der eifrigste Mitarbeiter des eingegangenen Blattes.

Der sozialdemokratische Parteitag für den Oberrhein hat sich abermals gegen alle Losreißungsbestrebungen und für die deutsche Einheitsrepublik ausgesprochen. Scharf verurteilt wurden die Bestrebungen des Zentrums, viel mehr leitende Stellen zu erhalten, als ihm nach seiner Stärke zukommen.

Aus Lübeck und den Nachbargebieten.

Mittwoch, 1. Oktober.

Die Sonne.

Als noch alles auf Erden „wüst und leer" war, da war schon eines, die Sonne. Sie leuchtete auch herab auf den Erdenball, als die ersten schlichten Lebewesen wurden, und wenn aus ihnen diese hohe Naturentwickelung von heute wurde, so geschah es, weil die Sonne ihre entwickelnden Strahlen sandte in all den Jahrmillionen. Produkte der Sonne sind alle Wesen der Welt. Wenn all die lebendigen Glieder des Erdenseins nicht emig getrunken hätten den Sonnenhauch, so wäre all das nicht, was die Erde heute ist, auch nicht der Mensch. Sonne ist alles, was die Erde trägt; aus der Sonne ist es geworden. Sonnenkinder sind wir alle.

Und darum lieben wir das Sonnenlicht. Leben nehmen wir aus ihm in uns auf, Freudigkeit, Daseinslust, Entwicklungstrieb. Es ist nicht nur förderlich der körperlichen Entwickelung. Auch alles, was in uns lebt, ist Sonne. Auch all die inneren Menschenwerte sind gereift im Sonnenlichte. Und je mehr wir davon in uns haben, um so mehr wohnt in uns die Sonne, das edelste Sonnenprodukt. Je mehr das Leben davon in sich birgt, um so mehr ist es das Leben von Sonnenmenschen.

Weit entfernt ist unser heutiges Zusammenleben noch von dieser Sonnenwelt. Aeußere Werte herrschen heute und nicht die reiche Innenfülle, die die Sonne im Menschen hat werden lassen. In kapitalistischen Fesseln liegt sie gebunden.

Aber die Sonne, die ewige Siegerin, wird auch hier sich erheben und sprengen die Ketten der Unnatur. Frei wird werden der Mensch mit seinem ganzen inneren Reichtum. Es wird werden eine Welt von freien Persönlichkeiten, eine Welt, in der alle glücklich sind. Frei strahlt dann die Sonne, frei der Sonne höchstes Produkt, frei das Wollen und Streben und Fühlen, der ganze Mensch. Und wie Sonne dieses Ziel ist, so ist Sonnengeist das Sehnen zu diesem Ziele, siegende Sonnenkraft.

Dr. Gustav Hoffmann.

Eine Versammlung der tätigen Parteigenossen, Betriebsvertrauensleute usw. tagte am Dienstag abend im Gewerkschaftshause. Genosse Brolat-Berlin hielt einen Vortrag über das Betriebsrätegesetz. Redner erläuterte nicht nur die Stellungnahme unserer Partei zu diesem Gesetz, sondern zeigte auch, welchen Standpunkt die Kommunisten und Unabhängigen dazu einnehmen. Nicht allein die Unternehmer, auch die Linksradikalen laufen Sturm gegen das Gesetz. Den Unternehmern geht es zu weit und den Unabhängigen und Kommunisten nicht weit genug. Erstere befürchten, daß es mit ihrer selbständigen Herrschaft im Betriebe zu Ende geht, während letztere alle Macht den Räten geben wollen, dabei aber einigen Gruppen das Wahlrecht vorenthalten. Wir stehen dagegen auf dem Boden der Demokratie und vertreten den alten, jahrzehnte gepredigten Grundsatz: gleiches Wahlrecht für alle. Von den Kommunisten weiß man, daß sie für die Diktatur eintreten, dagegen weiß man nicht, was die Unabhängigen wollen. Die Diktatur lehnen sie ebenso ab, wie die Demokraten. Ein Wahlrecht, welches einige Gruppen ausschaltet, ist aber auf die Dauer unhaltbar. Mit Gewalt kann man wohl das Wirtschaftsleben niederreißen, aber niemals wieder aufbauen. Die Durchführung des Betriebsrätegesetzes stellt uns vor schwere Aufgaben. Die Betriebsführung, den Produktionsprozeß und das ganze Wirtschaftsleben in allen Gliederungen richtig zu erkennen und zum Wohle der Arbeiter umzugestalten, ist nicht so einfach, wie mancher denkt. Es ist daher unbedingt erforderlich, daß Leute mit den höchsten Kenntnissen und größtem Wissen als Räte entsandt werden. Personen, die vom Wirtschaftsleben nichts verstehen, können dem Unternehmer gegenüber nichts ausrichten, selbst wenn das Gesetz noch so gut ist. Die radikalsten und größten Schreier in den Versammlungen sind meistens nicht die fähigsten Leute, um wichtige Aufgaben zu lösen. Es müssen solche sein, die die größten fachmännischen Kenntnisse besitzen. Der Gesetzentwurf, wie er heute vorliegt, darf auf keinen Fall verschlechtert, sondern muß möglichst noch verbessert werden. Es muß unsere Aufgabe sein, unseren Genossen, die an diesem Gesetzentwurf mitarbeiten, den Rücken zu steifen, damit sie die geplanten Verschlechterungen der Unternehmer abwehren können. Wir haben die Pflicht, mit aller Kraft am Wiederaufbau des Wirtschaftslebens mitzuarbeiten. Dieses Gesetz wird die Grundlage dazu bilden. Wenn alle den festen Willen besitzen und ihre ganze Kraft anwenden, dann werden wir wieder hoch und vorwärts kommen. (Lebhafter Beifall.)

Die Aussprache, an der sich eine ganze Anzahl Genossen beteiligten, war recht lebhaft und bewegte sich im zustimmenden Sinne des Referats. Allseitig wurde aber auch betont, daß die Genossen mehr als bisher ihren Parteistandpunkt den Linksradikalen gegenüber vertreten müßten. Sie sollten den Mut zeigen, gegebenen Falles diesen Leuten ihre Meinung zu sagen und nicht alles stillschweigend hinnehmen, oder ihnen gar nachzulaufen. Je mehr wir diesen gegenüber nachgeben würden, desto mehr forderten sie. Das Kompromißeln mit den Unabhängigen hätte keinen Wert, da ihre Handlungen eine Einigung leider unmöglich machten. Die Führer der Kommunisten seien bekanntlich vielfach Leute von dunkler Vergangenheit, die alles mögliche, aber niemals Führer der Arbeiter sein könnten. Man müsse aus der Reserve heraustreten, denn das Vorgehen dieser Elemente dürfe nicht untätig geduldet werden. Nachdem Genosse Beck die Abrechnung vom „Volksboten" über das erste Quartal 1919 gegeben und der Vorsitzende bekannt gemacht hatte, daß am kommenden Montag Genosse Wels-Berlin in einer großen Versammlung im Gewerkschaftshause sprechen werde, fand die Versammlung ihr Ende.

Zur Förderung der Blindensache in Lübeck.

Man schreibt uns: Unter den Errungenschaften der Wohlfahrtsbestrebungen des 19. Jahrhunderts verdient das Blindenwesen in erster Reihe gestellt zu werden. Die Arbeit beschränkte sich jedoch nur auf die Ausbildung der geistigen und technischen Fähigkeiten. Die Bewertung dieser Früchte blieb der Tüchtigkeit und Strebsamkeit des Blinden selbst überlassen. Während die geistigen Gaben unausgenutzt blieben, vermochten die Handfertigkeiten, so lange das Kleingewerbe in der Geschäftsweli Lebensmöglichkeit besaß, dem Blinden eine bescheidene Existenz zu sichern.

In Lübeck fand erst 1915 der Hilfsgedanke in der Gründung einer Blindenfürsorge Verwirklichung. Der aus vier Mitgliedern bestehende, im Gedanken der freiwilligen Wohlfahrt arbeitende Ausschuß, stellte zunächst seine Aufgaben dahin ein, die Blinden zu sammeln, ihnen geistige Abwechselung zu verschaffen, sie wieder zur Lebensbetätigung anzuregen und die Wege dafür zu ebnen.

Die Blindenfürsorge bedingt eine dauernde praktische Arbeit, die in der Schaffung von Sondereinrichtungen für Berufserfassung der Einzelnen und Hebung der wirtschaftlichen Lage im allgemeinen zipfelt. Die neuen sozialen Ideen suchen jedoch in der Erwerbsbeschränktenfürsorge eine andere Richtung einzuschlagen, in die alle Gebrechen eingeschlossen werden sollen. Die Bestrebungen gehen in der Hauptsache dahin, Industriebetriebe mit geeigneter Beschäftigung zu öffnen. An diese Funktionen sollten auch die Blinden angegliedert werden. Zu diesem Zweck wurde die bisherige Blindenfürsorge aufgelöst. Die Blindensache mit ihren Bestrebungen für naturgemäße Hilfseinrichtungen erfuhr dadurch eine schwere Hemmung.

Das Augenleiden kann in der Fürsorge nicht mit anderen Gebrechen auf die gleiche Stufe gestellt werden. Der Blinde bedarf sowohl auf beruflichem, wie auch auf wirtschaftlichem Gebiete besonderer Berücksichtigung. Eine sachgemäß arbeitende Fürsorge muß den besonderen Bedürfnissen der Blinden Rechnung tragen und sollte vor allem auf Heimarbeit und Einrichtung von eigenen Beschäftigungsstätten bedacht sein. Hierfür bieten, neben einigen neueren Handfertigkeiten, die altbewährten Blindenberufe des Korbmachens, Bürsteneinziehens, Fußmatten- und Rohrstuhlflechtens den besten Rückhalt.

Doch auch die Hebung der wirtschaftlichen Lage drängt zu schneller Berücksichtigung. Der von Jugend auf Erblindete steht gänzlich ohne Rechte und Staatshilfe da. Der im späteren Alter des Lichtes Beraubte hat nur eine Invalidenversicherung von durchschnittlich 20 Mark für den Monat hinter sich. Der in einem Blindengewerbe gründlich ausgebildete Nichtsehende erreicht durch Fleiß und langjährige Uebung im Höchstfalle nur die Hälfte des Arbeitsertrages seiner sehenden Berufsgenossen, die Mehrzahl bleibt dahinter zurück. Auch die im Kriege und im Erwerbsleben verunglückten, die allerdings für ihre Pension bezw. Unfallrente vor solcher Notlage geschützt sind, bedürfen gleichfalls bei ihrer Arbeit der Förderung. Hier liegt die wundeste Stelle im Blindendasein. Nicht das Leiden ist das beklagenswerteste, sondern das Leben in demselben. In dieser Erkenntnis haben Blindenvereine und Privatfürsorgen seit Jahren hier ihren Hebel angesetzt. Sie suchen ihnen eine Beschäftigung zu vermitteln oder die Erlangung eines geeigneten Gewerbes zu ermöglichen. Sie belassen ihnen Heimarbeit und richten Beschäftigungsstätten ein. Sie besorgen ihnen Material zu günstigen Bedingungen, verkaufen ihnen die fertigen Waren. Sie bemühen sich, die wirtschaftliche Lage zu heben, indem sie die mit einem Geschäftsbetriebe verbundenen Unkosten selbst übernehmen und den dadurch erhöhten Reingewinn dem Arbeitslohn zu nutzen kommen lassen. Aus dieser Hilfsarbeit sind besonders in Süddeutschland treffliche Früchte gereift.

Auch in Lübeck harrt das gleiche Feld der Bearbeitung. Die hiesigen Blinden sind zum Leben und zur Betätigung in demselben erwacht, und sie zeigen den redlichen Willen dazu. Diesen zu bekunden, haben sie sich zusammengeschlossen, um gemeinsam ihre Lage und ihre Wünsche der sozialen Beachtung unserer Zeit zu unterbreiten.

Die Blindenvertretung richtet darum an Staat und öffentliche Wohlfahrtsgesinnung die Bitte, sich der Blindensache anzunehmen und dieselbe auch hier zur segensreichen Entfaltung führen zu helfen, damit auch Lübecks Blinde mit Dank und Anerkennung auf ihre Heimatstadt blicken können. Zu diesem Zweck ist nach dem Muster anderweitiger Einrichtungen bei Blindenvereinen, der Anschluß von sehenden Interessenten als Förderer der Bestrebungen vorgesehen. Der jährliche Beitrag kann selbst bestimmt werden. Weitere Verpflichtungen bestehen nicht. Die Gelder finden zum Ausbau der Bestrebungen Verwendung. Förderer werden laufend von der Tätigkeit unterrichtet und können auch in der alljährlich stattfindenden Generalversammlung Einblick in die Geschäftsführung nehmen.

Anmeldungen sind zu richten an Major a. D. Stavenhagen, Uhlandstraße 2, oder Frau Bierkamp, Königstraße 19, oder J. Lau, Ratzeburger Allee 40.

Die Genehmigungspflicht über Mietverhältnisse über Wohnräume ist durch Senatsverordnung vom 27. August 1919 eingeführt worden. Nach dieser Verordnung dürfen Vermieter Wohnräume nur mit vorheriger Zustimmung des Wohnungsnachweises vermieten. Ohne Zustimmung des Wohnungsnachweises sind die Verträge unwirksam, so daß die Wohnräume, auch wenn sie vermietet sind, nach dem Gesetz als unbewohnt betrachtet werden müssen. Sie können also zur Unterbringung wohnungsloser Familien in vollem Umfange herangezogen werden. Der Wohnungsnachweis hat es zwar unterlassen, bisher gegen Vermieter oder Mieter auf Grund der Bekanntmachung über Maßnahmen gegen Wohnungsmangel vorzugehen, und derartige Wohnungen zwangsweise anderweit zu belegen, die ohne Genehmigung des Mietvertrages durch ihn nach dem 27. August 1919 vermittelt worden sind. Auf die Dauer ist aber derartige Rücksichtnahme unmöglich, da die Wohnungsnot dazu zwingt, auf genaue Befolgung dieser Verordnung zu achten. Es kann deshalb nicht genug empfohlen werden, alle Mietverträge, die nach dem 27. August d. J. geschlossen, bisher aber noch nicht dem Wohnungsnachweis zur Genehmigung vorgelegt sind, diesem sofort vorzulegen, um sich vor Weiterungen zu schützen. Auch in Zukunft ist jeder Vertrag, mag er mündlich oder schriftlich geschlossen sein, sofort dem Wohnungsnachweis zur Genehmigung vorzulegen. Zwar ist von einer Seite darauf hingewiesen worden, daß diese Verordnung ungesetzlich sei, weil sie das Eigentum beschränke. Es ist auch aufgefordert worden, sie nicht zu beachten. Es kann jedoch nur empfohlen werden, derartigen Einflüsterungen kein Gehör zu schenken; die Verordnung ist auf Veranlassung und mit ausdrücklicher Zustimmung der jetzigen Reichsregierung erlassen und steht mit der Verfassung des Deutschen Reiches nicht im Widerspruch. Personen, die Wohnungen mieten, ohne die Genehmigung des Wohlfahrtsamtes hierzu eingeholt zu haben, setzen sich der Gefahr aus, wohnungslos zu werden; denn der Wohnungsnachweis ist berechtigt, sie zur sofortigen Räumung zu veranlassen. Vermieter dagegen, die ohne Genehmigung des Wohnungsnachweises vermieten, werden erheblich bestraft werden müssen, da dieses ausdrücklich die fragliche Senatsverordnung vorsieht. Sollte Mieter oder Vermieter mit der Entscheidung des Wohnungsnachweises über die Genehmigung eines Mietvertrages nicht einverstanden sein, so steht ihm der Anruf des Einigungsamtes offen, das dann allerdings endgültig entscheidet. Erwähnt sei noch, daß der Wohnungsnachweis über jeden Wohnungswechsel einer in Lübeck ansässigen Person sowie über jeden Zuzug von auswärts unterrichtet werden wird, sodaß keinerlei Aussicht besteht, daß Mieter dauernd ungestört eine Wohnung bewohnen können, ohne die Genehmigung des Wohnungsnachweises eingeholt und erhalten zu haben.

Wichtig für Zivilangestellte in Militärbetrieben und bei Behörden. Auf Grund der Verhandlungen, die von seiten der Organisationsvertreter mit dem K. M. in Berlin gepflogen wurden, ist veranlaßt worden, daß die Massen-Kündigungen zum 1. Oktober 1919 für ungültig erklärt worden sind. (Telegramm an die unterstellten Behörden ist vom K. M. direkt erfolgt.) Des weiteren sind Vereinbarungen getroffen als Ergänzung der bekannten Verfügung Nr. 1085 und werden dieselben im Armee-Verordnungsblatt in den nächsten Tagen veröffentlicht. Gleichzeitig ist eine Wirtschaftsbeihilfe im Prinzip angenommen und wird gleichfalls noch vor dem 1. Oktober bekannt gemacht werden. Sobald aus Berlin die Bestätigungen eingetroffen sind, wird Veranlassung genommen, dieselben in den Tageszeitungen zur allgemeinen Kenntnis zu bringen.

Klagen über schlechtes Speisefett. Aus der Nachrichtenabteilung des Landesversorgungsamtes wird uns geschrieben: In den letzten Tagen sind aus der Bevölkerung vereinzelt Klagen über die schlechte Beschaffenheit der vom Landesversorgungsamt abgegebenen Margarine erhoben worden. Die Berechtigung der Klagen ist nicht zu bestreiten. Es handelt sich um Ware, die aus dem besetzten Gebiet eingeführt wurde, natürlich erst dann, nachdem sie von hiesigen beeidigten Sachverständigen untersucht und für gut befunden worden war. Diese Margarine, und es kam besonders empfindliche Pflanzenmargarine in Betracht, hat leider in den heißen Tagen der letzten Zeit nach hier transportiert werden müssen, und so ist es möglich, daß sie, wenigstens zum Teil, gelitten hat. In sehr vielen Geschäften sind, wie festgestellt werden darf, überhaupt keine Klagen erhoben worden, ein Beweis dafür, daß dort den Käufern durchaus einwandfreie Ware geliefert worden war.

Zur Brennstoffversorgung. Aus der Nachrichtenabteilung des Landesversorgungsamtes wird uns geschrieben: In der letzten Vollversammlung des Landesversorgungsamtes wurde erneut bestätigt, daß die Brennstoffversorgung unserer Bevölkerung infolge der durchaus mangelhaften Zufuhr den größten Schwierigkeiten begegnet. Erfreulich ist nur, daß nach den durch Kontrolleure vorgenommenen Feststellungen weite Kreise aus den Beständen des Vorjahres doch mehr Koks zur Verfügung haben, als man anzunehmen geneigt war. In einer Straße hat festgestellt werden können, daß die meisten Haushaltungen über 10—20 Zentner Koks verfügten. Daß solche Hausstände bei der allgemeinen Belieferung zunächst auszuscheiden haben, ist nur durchaus gerechtfertigt. Die so ersparten Mengen werden denen, die keine Brennstoffe im Keller haben, zugute kommen. Auf dieser Grundlage werden bei der nächsten Verteilung Haushaltungen mit Gas mit 1 Zentner Koks und 2 Zentner Holz beliefert werden, diejenigen ohne Gas mit 3 Zentner Koks und 4 Zentner Holz. Die Ortskohlenstelle wird demnächst noch einige Kontrolleure anstellen, um durch sie festzustellen, inwieweit die Bevölkerung mit Brennstoffen versorgt ist. Zur Bekämpfung des Schleichhandels wird die Fahndungskommission mit von der Ortskohlenstelle herangezogen werden. Wenn Grund zu der Annahme vorhanden ist, daß jemand unberechtigterweise Feuerungsbestände lagern hat, wird der Kommission Auftrag gegeben werden, die nötigen Feststellungen zu machen. Zentralheizungen für reine Wohnzwecke werden, worauf schon wiederholt hingewiesen wurde, in diesem Winter überhaupt nicht beliefert werden können, weil die Bestände dazu nicht ausreichen. Darüber werden in den nächsten Tagen noch entsprechende Bekanntmachungen erlassen werden.

Pflanzenschutz. Die rechtzeitige Feststellung des Auftretens von Pflanzenkrankheiten und Pflanzenschädlingen und die sachkundige Beratung und Unterstützung der beteiligten Kreise bei der Durchführung von Bekämpfungsmaßnahmen ist die Aufgabe des

deutschen Pflanzenschutzdienstes, der jetzt nach Beendigung des Krieges nach weiterer wirksamer Ausgestaltung strebt. Die in allen Landesteilen eingerichteten Hauptstellen für Pflanzenschutz (in Lübeck die staatliche Pflanzenschutzstelle, Museum am Dom) geben jederzeit kostenfrei Auskunft in Pflanzenschutzangelegenheiten. Bezirksstellen und Vertrauensmänner für Pflanzenschutz unterstützen die Arbeiten der Hauptstellen in deren Beobachtungsbezirken. Die biologische Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft in Berlin-Dahlem steht an der Spitze dieser Organisation, erteilt aber auch auf jede an sie gerichtete Anfrage unmittelbar Auskunft. Es ist dringend zu wünschen, daß jeder Landwirt und Gärtner in allen vorkommenden Fällen die Hilfe des Pflanzenschutzdienstes unverzüglich in Anspruch nimmt. Er nützt dadurch sich und der Allgemeinheit, da jede Meldung über Pflanzenkrankheiten und Schädlingsplagen die Kenntnis von der Ausbreitung und Natur der Krankheitserreger und Schädlinge erweitert und neue Grundlagen für den weiteren Ausbau der Bekämpfungsverfahren schaffen hilft.

Besseres, aber teureres Brot. Das Brot, über dessen Zusammensetzung in der letzten Zeit vielfach Klage geführt wurde, wird in den nächsten Wochen besser werden. Das Brotgetreide, das bisher zu 94 Prozent ausgemahlen wurde, wird vom 15. Oktober ab durch die Herabsetzung des Ausmahlprozentsatzes erheblich besseres Mehl liefern. Roggen wird zu 82 Prozent, Weizen zu 80 Prozent und Gerste zu 75 Prozent ausgemahlen werden. Es ist selbstverständlich, daß nicht sofort mit dem 15. Oktober eine Verbesserung des Brotes stattfinden kann. Die vorhandenen Mehlvorräte müssen zunächst noch verarbeitet werden, so daß voraussichtlich erst Ende des Monats Oktober das verbesserte Brot in den Handel kommen kann. Mit der Verbesserung des Brotes wird aber, was weniger erfreulich ist, auch eine Erhöhung des Brotpreises Hand in Hand gehen. Um wieviel der Brotpreis infolge der Verbesserung des Mehls erhöht werden muß, steht im Augenblick noch nicht fest.

Achtung, Elektriker! Da die Verhandlungen mit den Unternehmer vollständig gescheitert sind, ist über sämtliche Betriebe die Sperre verhängt.

Lohnbewegung im Gastwirtsgewerbe. Eine öffentliche Versammlung aller im Gastwirtsgewerbe beschäftigten Personen, welche in der Nacht vom 29. auf den 30. September im Konzerthaus Fünfhausen stattfand, beschäftigte sich mit dem von der Gehilfenkommission und der Wirtekommission ausgearbeiteten Lohntarif für das lübeckische Staatsgebiet. Im allgemeinen wurde den von den Kommissionen gemachten Vorschlägen für den Tarif über Lohn- und Arbeitsbedingungen, Kost, Ferien usw., von der Versammlung die Zustimmung gegeben. Zu dem Punkt „Ablösung des Trinkgeldes" entspann sich eine recht lebhafte stundenlange Debatte über den Vorschlag der Kommissionen, daß der Kellner berechtigt ist, dem zu bedienenden Gast auf die gemachte Zeche einen gewissen Prozentsatz als sogenanntes Bedienungsgeld aufzuschlagen. Nach langem Für und Wider (aus der Versammlung heraus wurde verlangt, daß die Arbeitgeber ihre Angestellten fest besolden sollten unter Garantie eines Minimallohnes und gleichzeitiger Beteiligung am Umsatz) wurde auch dieser von den Kommissionen gemachter Vorschlag gegen eine starke Minorität angenommen. In den nächsten Tagen wird der somit abgeschlossene Lohntarif in der hiesigen Tagespresse zur Veröffentlichung kommen.

Der Schiedsspruch über die Akkordarbeit auf den Werften angenommen. Auf der Kochschen Werft stimmten dafür 147, dagegen 34. Bei Flender dafür 235, dagegen 203. Da aber der Schiedsspruch in den anderen Orten abgelehnt ist, so wird derselbe keine Gültigkeit erlangen.

Vom Seemannsstreik. Die knappe Zahl der Schutzmannschaft hat das Polizeiamt, wie uns geschrieben wird, genötigt, zur Ergänzung beim Seemannsstreik die Einwohnerwehr heranzuziehen. Die Einwohnerwehr als solche ist natürlich nicht gedacht als eine dauernde Hilfstruppe der Polizei und soll nur bei ernsten Unruhen in Erscheinung treten; deshalb sieht sich das Polizeiamt jetzt genötigt, auf einige Tage Hilfskräfte gegen Bezahlung für den Hafen anzustellen und die Einwohnerwehr zurückzuziehen. Dabei sei noch besonders betont, daß die Einwohnerwehr sich opferwillig und pflichtgetreu bewiesen hat, wofür die ganze Bevölkerung ihr Dank wissen wird.

Musikernachweis. Bei dem öffentlichen Arbeitsnachweis wird zum 1. Oktober ein Facharbeitsnachweis für Musiker eingerichtet. Diese Einrichtung beruht auf einer unter Leitung des Arbeitsamtes zwischen dem Verbande der Musiker und dem Arbeitsausschuß der beiden hiesigen Wirtevereine und einer Vertretung der Kinobesitzer herbeigeführten Verständigung. Es ist ein Fachausschuß gebildet, dem Vertreter der genannten Kreise und zwar in gleicher Zahl aus den Arbeitgeber- und den Arbeitnehmerkreisen angehören. Die Arbeitsvermittlung wird ausgeübt im öffentlichen Arbeitsnachweis, Untertrave 104. Vermittlungszeit Dienstags, Donnerstags und Sonnabends von 10 bis 12 Uhr. Zu diesen Zeiten ist ein mit dem Fach durchaus vertrauter Vermittlungsbeamter zugegen. Können diese Vermittlungszeiten nicht innegehalten werden, werden dringende Angebote und Nachfragen vertretungsweise von einem Beamten des öffentlichen Arbeitsnachweises entgegengenommen. Von dem Facharbeitsnachweis versprechen sich die beteiligten Kreise eine Ausmerzung mancher Mißstände, die jetzt noch für den Musikerberuf bestehen. Die Organisationen werden darauf hinwirken, daß in Zukunft alle Arbeitskräfte durch den öffentlichen Arbeitsnachweis angenommen werden. Der Facharbeitsnachweis wird darauf achten, daß in Zukunft alle für Musiker offene und mit Musiker besetzte Stellen, auch wenn es sich nur um stundenweise Beschäftigung handelt, unverzüglich dem öffentlichen Arbeitsnachweis gemeldet werden, entsprechend der Verordnung vom 10. März 1919. Hoffentlich gelingt es auch dieser Fachabteilung des öffentlichen Arbeitsnachweises für ihren Berufszweig Ersprießliches auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung zu leisten.

Stadttheater. Am Freitag wird zum erstenmal in dieser Spielzeit „Carmen" gegeben. Die Titelrolle wird Frl. Jenny Sonnenberg, den Jose Herr Wagner und den Escamillo Herr Litzewski singen. Die Spielleitung führt Herr Ludewigs, die musikalische Leitung hat Herr Dr. R. v. Alpenburg. Sonnabend wird das „Dorf ohne Glocke" wiederholt. Bei der Morgenfeier am Sonntag, dem 5. Oktober (außer Abonnement) „Neue Lyrik in Wort und Musik" werden mitwirken die Damen Niemann-Heidmann, Sonnenberg, Wenk und die Herren Dr. Kroug, Schroth und Volk. Die einführenden Worte spricht Herr Heidmann, die musikalische Begleitung hat Herr Mannstaedt übernommen. In der auf die Vorträge folgenden Aufführung „Florentinische Tragödie" von Oskar Wilde wirken mit Frl. Mira Schulz und die Herren Valk und Schroth. Letzterer tritt hier zum erstenmal auf.

Stadttheater. (Schauspielgemeinde.) Hie und da macht sich eine Unzufriedenheit über die Erhöhung der Abonnementspreise der Schauspielgemeinde bemerkbar, die aber, wie die Verhältnisse nun einmal liegen, ganz und gar unberechtigt ist. Wie alles, sind natürlich auch die Tageskosten im Theaterbetrieb erheblich gestiegen. Ja, diese Kosten sind so hoch, daß sie auch durch die günstigsten Einnahmen nur knapp gedeckt werden können, zumal die Erhöhung der Eintrittspreise in unserem Stadttheater verhältnismäßig minimal ist. Weit kleinere Städte als Lübeck haben mit Beginn dieser Spielzeit den Säckel der Theaterbesucher erheblich mehr belastet. **So sind zum Beispiel in Rostock die Schauspielpreise so hoch wie bei uns die Opernpreise. Nirgends aber werden Schauspielaufführungen dem Publikum zu so niedrigen Preisen geboten, wie es bei uns durch die Schauspielgemeinde geschieht.** An dieser Tatsache ändert auch die kleine Erhöhung der Abonnementspreise nichts. Jedenfalls hat sich die Schauspielgemeinde durch die Veranstaltungen den größten Verdienst um unser Künstlerleben erworben. Und es ist nur zu bedauern, daß das Interesse des Publikums in diesem Jahre längst nicht so rege ist, wie man das erwarten müßte. Dauerkarten sind noch immer an der Theaterkasse zu haben, worauf wir bei dieser Gelegenheit nochmals ausdrücklich hinweisen möchten. Außer Goethe bringt die Schauspielgemeinde in dieser Spielzeit noch Hebbel, ferner Eberhard König, wohl den deutschesten Dichter unserer Tage, dessen prunkloses Werk letzthin preisgekrönt wurde. Herbert Eulenberg (Kurth von der Kreith), Robert Prechtl (Alkestis) und Vasantasena, ein Werk aus der alten indischen Literatur.

Ermittelt und festgenommen wurde ein Hausdiener von hier, der seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgt wurde. — Ermittelt und festgenommen wurde ferner ein in der Schmiedestraße wohnhafter stellungsloser Landwirt wegen Einbruchsdiebstahls. Der Festgenommene hatte seine Ortskenntnisdazu benutzt, in einem in seiner Nachbarschaft befindlichen Weinkeller zusammen mit noch zwei Komplizen einzubrechen und aus demselben eine größere Menge Weine zu stehlen. Beim Fortschaffen des Raubes wurden sie seinerzeit von einem Schutzmann bemerkt, worauf sie unter Hinterlassung von 44 Flaschen Wein, die sie in Säcken trugen, die Flucht ergriffen und in der Dunkelheit entkamen. Die Festnahme seiner ermittelten Komplizen dürfte nur eine Frage der Zeit sein. — Ebenfalls ermittelt und festgenommen wurde ein Hausdiener aus Hannover, der seitens der hiesigen Staatsanwaltschaft wegen Diebstahls steckbrieflich verfolgt wird.

Wegen heimlicher Schlachtung wurde ein in der Schmiedestraße wohnhafter Gastwirt zur Anzeige gebracht. Derselbe hatte dortselbst ein weit über den Höchstpreis gekauftes Schwein geschlachtet, um das Fleisch mit großem Nutzen weiter zu verkaufen.

Festgenommen wurde ein Dienstmädchen, welches seiner Herrschaft diverse Schmucksachen und Kleidungsstücke vn namhaftem Wert gestohlen hatte. Das unehrliche Mädchen war mit den gestohlenen Sachen nach Hamburg gefahren, wo ein Teil der gestohlenen Sachen von ihr verkauft wurde. Den Erlös half ihr ein dort angeschaffter Liebhaber mit hindurchbringen, der ihr schließlich den Rest des Diebesgutes stahl und mit demselben verschwand. Dem Geschädigten konnte nur ein geringer Teil der gestohlenen Sachen zurückgegeben werden.

Eutin. Freie Jugend. Am Sonnabend abend war im Schloßhotel das Stiftungsfest der hiesigen Freien Jugendorganisation. Die Festlichkeit wurde mit dem von der jugendlichen Genossin Möller und dem Genossen Lauser gesprochenen Prologe eröffnet. Darauf folgten noch mehrere Gedichte, die sämtlich mit warmem Beifall von den Anwesenden aufgenommen wurden. Reichen Dank ernteten auch die Vorträge des Herrn Holtmann, Mitglied des Lübecker Stadt-Theaters. Besonders lebhaften Anklang fanden die anmutigen Reigentänze, die von der Lübecker Freien Jugend ausgeführt wurden, desgleichen die humoristischen Deklamationen. Den zweiten Teil des Abends leitete die Festrede eines Lübecker Genossen ein. In seinen fesselnden Ausführungen legte der Redner den Werdegang der deutschen Arbeiter-Jugendbewegung dar; er ging auf die mühseligen Anfänge derselben unter dem ehemaligen Knüppel- und Gendarmeriesystem zurück, erörterte das stete Wachsen der Organisation und schloß mit dem Programm der Bewegung, das mehr Freiheit, mehr Rechte, mehr Schutz, und vor allem mehr Jugend fordert. An diesem ernstesten Teil des Abends schloß sich in bunter Reihenfolge der zweite von Genossen Haß vorgetragene Prolog und mehrere plattdeutsche Gedichte von der Genossin Lorenz, die im Publikum eine sehr dankbare Aufnahme fanden; dazwischen die ungekünstelte Darstellung „lebender Bilder" mit den fünf Unterabteilungen: Am Sammelplatz. Auf dem Marsche. Rast im Walde. Beim Spiel und Heimkehr. Darauf neue Aufführungen der Lübecker Freien Jugend, die der hiesigen am heutigen Abend sehr hilfreich und kameradschaftlich zur Seite getreten ist, und die hochkomischen Vorträge des Herrn Holtmann, die stürmische Heiterkeit hervorriefen. Nach Schluß der Vorstellungen fand der wohlgelungene Abend sein Ende in einem kleinen Tanzvergnügen für die Jugend, das bis 1 Uhr währte. I. I.

Hamburg. Das ist die U. S. P.! Ein auf der Hamburger Vulkanwerft beschäftigter Arbeiter, Genosse Kähler, hat im Hamburger Echo einen Artikel veröffentlicht, in dem er die Meinung vertrat, daß die Akkordarbeit früher oder später wiederkehren werde. Daraufhin erzwang der Betriebsrat des Vulkan seine sofortige Entlassung. Eine Mehrheitssozialistische Metallarbeiterkommission, die über seine Wiedereinstellung verhandeln wollte, wurde wüst beschimpft, bedroht und unter Schlägen aus der Werft herausgekarrt. Die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes lehnte jede Verhandlung mit ihr ab, und so bleibt Kähler, ein verheirateter Mann mit fünf Kindern, auf dem Straßenpflaster liegen, und der unabhängige Arbeiterrat hat entschieden, daß er nicht einmal Arbeitslosenunterstützung erhält. Diese Gewaltwirtschaft der U. S. P. kann nicht scharf genug verurteilt werden. Was die Kautsky und Ströbel lehren und die Haase und Dittmann innerlich denken, danach kräht in den Massen der U. S. P. kein Hahn.

Hamburg. Zwei Arbeiter getötet. Zwei furchtbare Unglücksfälle haben sich im Betrieb der Metallwerke G. m. b. H., in der Hafestraße, ereignet. Dort wurde der 18jährige Arbeiter Wilhelm Barkert zwischen den Puffern zweier Eisenbahnwagen auf dem Gelände der Metallwerke totgedrückt. Barkert wollte bei der Arbeit zwischen den beiden angerollten nicht zusammengekoppelten Waggons hindurchschlüpfen, als man von anderer Hand den einen Wagen in Bewegung setzte. Hierbei geschah das entsetzliche Unglück, bei dem dem jugendlichen Arbeiter der Brustkorb eingedrückt wurde. Noch lebend schaffte man den jungen Mann ins Krankenhaus St. Georg, wo er bald nach der Einlieferung starb. Der zweite Unfall betraf den Arbeiter Hellekamp. H. war im Schmelzraum 1 beschäftigt, als plötzlich ein Stapel schwerer Zinkplatten ins Rutschen kam und Hellkamp begrub. H. erlitt so schwere Verletzungen, daß er bald nach der Einlieferung im Krankenhaus St. Georg gleich seinem Arbeitskollegen B. starb. — Tödlich verunglückt. Der in Blankenese wohnende Weichensteller Bartels stürzte heute beim Rangieren der Hafenbahn vom Trittbrett eines Wagens, der plötzlich aus den Schienen sprang, wurde überfahren und getötet.

Hamburg. Die Werftarbeiter lehnen den Schiedsspruch mit großer Mehrheit ab. In Hamburg stimmten 4074 dafür, 6318 dagegen. Kiel 8689 dafür, 7135 dagegen. Wilhelmshaven 2434 dafür, 5292 dagegen. Bremerhaven 1413 dafür, 2450 dagegen. Stettin 2241 dafür, 4381 dagegen. Flensburg 1023 dafür, 396 dagegen. Rostock 1002 dafür, 412 dagegen. Der Schiedsspruch ist demnach mit rund 10 000 Stimmen Mehrheit abgelehnt worden.

Geestemünde. Ausschreitungen im Geestemünder Hafen. Nach einer Meldung des WTB. wurden im Geestemünder Hafen Ausschreitungen gegen fahrbereite Schiffsbesatzungen von Mitgliedern des Seemannsbundes verübt. Anmusternde Seeleute wurden blutig geschlagen. An einer Stelle wurden arbeitswillige Seeleute von einer 40 bis 50 Mann starken Truppe mißhandelt. Teilweise sprangen die Umherziehenden auf Dampfer und versuchten durch Ueberredung und Gewalt arbeitswillige Seeleute von Bord zu halten. Auf dem Fischdampfer „Nixe" wurde durch eine Anzahl junger Burschen sämtliches auf dem Schiff befindliches Inventar in den Schiffsraum hinabgeschleudert, in dem sich mehrere Seeleute aufhielten, die mit knapper Not dem Tode entgingen. Auf dem Handelshafengebiet wurde ein ausladender Fischdampfer überfallen. Neun Dampfer sind im Laufe des heutigen Tages ausgefahren.

Bremen. Gegen die Akkordarbeit. Eine Abstimmung unter den Bremer Werftarbeitern über die Akkordarbeit ist gegen den Hamburger Schiedsspruch ausgefallen. Auf der A.-G. Weser stimmten 3018 Arbeiter gegen und 1140 für Annahme der Akkordarbeit. Von den Arbeitern der Atlaswerke, die freilich noch ausgesperrt sind, beteiligte sich nur ein Teil an der Abstimmung; hier stimmten 657 gegen und 256 für den Schiedsspruch.

Bremen. Ende des Streiks in Bremen? Wie die Morgenblätter berichten, scheint der Streik im hiesigen Hafen nach Annahme einer Resolution, die in einer Versammlung von streikenden Transportarbeitern, zu der auch 40 Seemannsbündler erschienen waren, gefaßt wurde, sein Ende erreicht zu haben. Die Resolution lautet: Die Versammlung erklärt, daß die Arbeit mit der Motivierung aufgenommen wird, daß von seiten der Arbeitgeber keine Maßregelungen stattfinden, weder bei den Seeleuten noch bei den Hafenarbeitern. Die fremden Hafenarbeiter haben den Hafen sofort zu verlassen. Wer bis Sonnabend, den 4. Oktober nicht die Arbeit aufnimmt, hat die Konsequenzen selber zu tragen. Es wird angenommen, daß die Hafenarbeiter jetzt die Arbeit wieder aufnehmen werden; bis dies aber geschieht, werden die Freiwilligen ihre Tätigkeit fortsetzen. Die Reeder werden voraussichtlich die Forderung, daß auch die streikenden Seeleute nicht gemaßregelt werden, annehmen.

Aus Nah und Fern.

Eine saubere Gesellschaft. Nach dem „B. T." wurden in Berlin vier Personen verhaftet, die die Generalkriegskasse um eine halbe Million Mark bestohlen hatten und nun den Plan faßten, durch Anlegen eines Brandes die Bücher zu vernichten, nachdem sie die Absicht eines großen Einbruchs fallen gelassen hatten. Es handelt sich um einen Buchhalter, einen Doktor der Rechte, einen Reserveleutnant und einen angesehenen Kaufmann, die große Spieler waren und, nachdem ihr Privatvermögen vergeudet, die behördliche Kasse schröpften. Sie wagten es aber nicht, selbst das Feuer zu legen, und versuchten daher, für die Tat einen ihnen bekannten Leutnant der Reserve zu gewinnen. Dieser fand sich bereit, mit Hilfe eines Freundes das Feuer anzulegen. Der Freund kam aber auf den Gedanken, daß er für sich vielleicht mehr herausschlagen könne, wenn er den Plan anzeige, und tat das auch. Der Leutnant hatte sich bereits Explosivstoffe verschafft, die in seiner Wohnung beschlagnahmt wurden. Er legte ein Geständnis ab, und die ganze Gesellschaft wurde daraufhin verhaftet.

Der Hund als Kapitalschieber. Wie aus München gemeldet wird, ist man an der Schweizer Grenze einem raffinierten Geldschmuggel auf die Spur gekommen. Ein Hund trug in einem Korbe täglich zweimal Geld nach der Schweiz. Der Hund wurde abgefangen und das Körbchen entdeckt. Es enthielt 200 000 Mark in neuen Tausendmarkscheinen. Millionen von Mark sind sicherlich auf diesem Wege geschmuggelt worden.

Die Ruhr in Baden. In zahlreichen Orten des Breisgaus ist, nach einem Drahtbericht aus Stuttgart, eine Ruhr-Epidemie ausgebrochen. Im Dorf Ihringen sind der Krankheit 50 Personen, im Dorf Herbolzheim 22 erlegen.

Neueste Nachrichten.

Aus der Partei.

Berlin, 1. Oktober. In den Fraktionsvorstand der sozialdemokratischen Fraktion der Nationalversammlung wurde neben den bisherigen Genossen Luede und Hoch der Genosse Scheidemann gewählt.

Die oberschlesische Frage.

Berlin, 1. Oktober. Im Abgeordnetenhause fand gestern nachmittag eine Besprechung der schlesischen Abgeordneten mit der preußischen Regierung und der Reichsregierung über die oberschlesische Frage statt. Nach längerer Aussprache gab Vizepräsident Porsch im Namen der Zentrumsfraktion der preußischen Landesregierung folgende Erklärung ab: Bis über das Schicksal Oberschlesiens durch die Abstimmung endgültig entschieden wird, stellt sich die Zentrumsfraktion der preußischen Landesversammlung auf folgenden Standpunkt und fordert ihre Gesinnungsgenossen auf, bis dahin denselben Standpunkt einzunehmen:

1. Das Zentrum ist mit der provinzialen Autonomie zufrieden.
2. In dem Gesetz über die provinzielle Autonomie verlangt das Zentrum keine Vorrechte gegenüber anderen Provinzen.
3. Eine etwaige Propaganda über die staatliche Autonomie wird bis dahin eingestellt.

Der Reichsminister des Auswärtigen, Müller, gab dann seine Freude über die erfolgte Einigung Ausdruck und über die Tatsache, daß der Streit über Oberschlesien nunmehr ruhen würde. Ministerpräsident Hirsch gab die Zusicherung, daß in dem zu bildenden Beirat auch ein Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei vertreten sein soll. Zum Schluß wies Ministerpräsident Hirsch darauf hin, daß in der Behandlung der oberschlesischen Frage zwischen der Reichsregierung und der preußischen Staatsregierung niemals sachliche Unstimmigkeiten bestanden hatten.

Uebertritt deutscher Truppen zu Rußland.

Berlin, 1. Oktober. Die „Kreuzzeitung" meldet aus Mitau: Teile des sächsischen Reservekorps kehren nach Deutschland nicht zurück, sondern sind geschlossen zu den Russen übergegangen und bilden eine dem Obersten Vermont (Fürst Urusow) unterstellte Deutsche Legion. Die andern Soldaten kehren in den nächsten 14 Tagen nach Deutschland zurück. Die Eiserne Division, die mit der Deutschen Legion übereinstimmt, versammelt sich zunächst vor Mitau. In Mitau wurde die Lokalratsverwaltung unter russische Oberhoheit gestellt.

Die westdeutschen Industriellen gegen das Betriebsrätegesetz.

Karlsruhe, 1. Oktober. Die sehr zahlreich besuchte Versammlung des Verbandes westdeutscher Industrieller bezeichnete in einem einstimmig gefaßten Beschluß den Entwurf eines Gesetzes über die Betriebsräte in seiner heutigen Fassung als für die Industrie absolut unannehmbar und befürchtet von einer Verwirklichung des jetzigen Gesetzentwurfes den völligen Ruin unseres Wirtschaftslebens. — Jede berechtigte Arbeiterforderung war seit jeher den Kapitalisten angeblich ruinös.

Die alte Reaktion in Ungarn.

Budapest, 1. Oktober. Die ungarischen Parteien haben, mit Ausnahme der Sozialdemokraten, ein Kompromiß geschaffen, wonach das alte Parlament einberufen werden soll, um neue Wahlen durchzusetzen und eine neue Regierung einzusetzen und die Friedensdelegierten Ungarns zu bestimmen. Es ist außer Zweifel, daß dieses Parlament die Regierung Friedrich ebenfalls bestätigen wird.

Friedensgeneigtheit der Sowjet-Regierung?

Amsterdam, 1. Oktober. Das Pressebureau Radio meldet aus Lyon: In Washington sind amtliche Nachrichten eingetroffen, nach denen die russische Sowjetregierung bereit ist, unter folgenden Bedingungen Friedensverhandlungen einzugehen: Sturz der Sowjet-Regierung, Einstellung der Hinrichtungen, Abschaffung des Terrors und Gewährung des Freigeleits für 12 Bolschewistenführer, darunter Lenin, Trotzki, Sinowjewo, die sich nach Südamerika begeben wollen. Die Bedingungen sollen einem französischen oder amerikanischen Diplomaten in einem neutralen Lande übermittelt werden. Man glaubt, daß Wilson die neue Regierung nicht vor dem Zusammentritt der Konstituante anerkennen wird. — Diese Meldung scheint mehr ein frommer Wunsch der Verfasser zu sein, als der Wirklichkeit zu entsprechen.

Arbeitslose Bergarbeiter in England.

Amsterdam, 1. Oktober. „Telegraph" meldet aus London, daß in Südwales 300 000, in Rhonda 38 000 Bergarbeiter erwerbslos sind. Versuche zur Wiederaufnahme der Verhandlungen sind nicht unternommen. Der Generalsekretär der Maschinisten und Heizer rechnet mit einer Aussperrung von 6 Wochen.

Nach einer Havasmeldung hat sich die englische Regierung infolge des Streiks genötigt gesehen, den Regierungen der Alliierten, die zum größten Teil für die Kohlenlieferungen von England abhängig sind, mitzuteilen, daß es ihr unmöglich sei, irgendwelche Ausfuhr von Kohlen aus England zu gestatten.

Verantwortlicher Redakteur: August Schulz.
Verleger: Th. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Der dritte Teil der Grundsteuer für 1919/20 ist für die Grundstücke in der Stadt in der Zeit vom 1. bis 10. Oktober ds. Js. bei Vermeidung des Zuschlags der gesetzlichen Gebühr zu entrichten.
Lübeck, d. 30. Sept. 1919.
8124) Die Steuerbehörde.

Bekanntmachung.

Für die Monate Oktober 1919 bis einschließlich März 1920 ist der Schlachthof für Schlachtungen geöffnet an jeden Mittwoch u. Donnerstag von morgens 8 Uhr bis nachmittags 4 Uhr.
Lübeck, 30. Sept. 1919.
Die Betriebsbehörde.
8146 Abt. Schlachthof.

Für alle Freundschaftsbeweise und Blumenspenden anläßlich der Uebernahme und Wiedereröffnung des **Kulmbacher Bierhauses** danken recht herzlichst (8127
Otto Schneider u. Frau.

Erkläre hiermit meine Verlobung mit Frl. Sophie Path meinerseits für gelöst.
8141) Wilhelm Höppner.

Neue Bettstell. m. Aufl.-Matratzen (gut gearbeitet), 2teilig, nur 88 Mk. 8135
Lindenplatz 4.

Laboratorium
für Zahntechnik.
Solide Preise. (8128
Niemann, Adlerstr. 48.

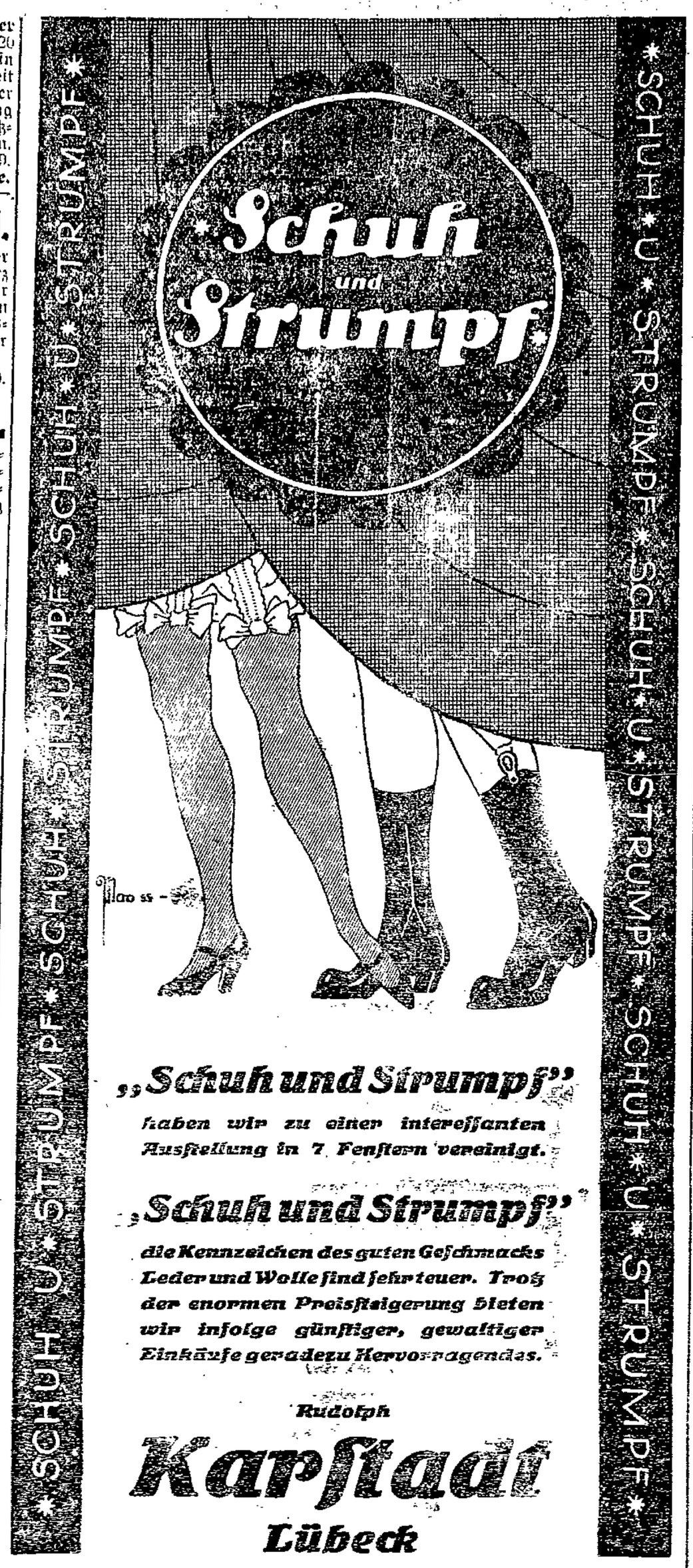
Deutscher
Transportarb.-Verb.
Ortsverwaltung Lübeck.

Für den Bezirk Holstentor-Süd suchen wir zu sofort einen **Einkassierer**. Kollegen, die auf diesen Posten reflektieren, wollen sich bis zum Freitag, dem 3. Oktober, abends 7 Uhr im Bureau, Johannisstr. 48, II, melden.
8154) Die Ortsverwaltung.

Der neue
Welt-Kalender
für 1920
ist jetzt erschienen.
Preis 80 Pfg.
Zu beziehen:
Buchhandlung
Friedr. Meyer & Co.
und deren Kolporteure.

Glasscheiben
aller Art offeriert
O. Tauchnitz,
Glashandl., (8112
Fleischhauerstr. 35, F. 2808.

Pelz-Haus
Fr. Zimmermann
Beckergrube 50, I
bietet an als besonders vorteilhaft
große Posten
Alaskafuchs
Blaufuchs
Zobelfuchs
v. 200 Mk. an.
Skunks Canin
Blaufuchs Canin
Zobel Canin
Eleg. Kragen und Muffen
modernste Formen
Mk. 45, 60, 75, 90, 125, 160.
Leichte Pelzhüte
Mk. 45, 90, 150.
Pelzfelle, Kindergarnituren
in allen Preislagen.
Umarbeitungen
jetzt noch schnell und billig.



8163

Zur Einmachezeit
verwende jede Hausfrau die seit Jahren beliebten Marken:
Echter **Surol** der beste — **Essig** — Echter **Celka** der gesüßte
besonders preiswert und vorzüglich als Einmache-, Haushaltungs- u. Salat-Essig. | zum Einmachen und als Salat-Essig mit allen Gewürzen, fertig zum Gebrauch. Erspart jeden Zuckerzusatz.
In Originalflaschen überall erhältlich. — **Man achte auf die Namen Surol und Celka und weise Nachahmungen zurück.** (8115
Lübecker Essig- u. Senf-Fabrik Gebr. Buck & Wiegels G. m. b. H.
Königstraße 100. Lübeck Telephon 369.

Lübeck. Gemeinnützige Milchversorgung
e. G. m. b. H. zu Lübeck.
Die Filiale von Frau Mahn, Wakenitzmauer 56, geht zum 1. Oktober ein. Wir bitten die Genossen, die bisher in dieser Verkaufsstelle bezogen, sich künftig durch die Milchhandlung von Herrn Struve, Langer Lohberg, mit Milch zu versorgen. Die Filiale von Frau Zarnow, Kupferschmiedestr. 6/8, wird am 1. Oktober verlegt nach dem Fünfhausen Nr. 20. (8149

Ad. Hübner, Uhrmach. u. Goldarbeit., Fünfhausen 13. Eig. Reparaturwerkstatt. 8114

Holsten-Bank
Abteilung Lübeck.
Hauptgeschäft: Königstraße 57.
Geschäftsstelle am Schlachthof:
Schwartauer Allee 67.
(8147
Annahme von Spareinlagen.
(Auch kleine Beträge).
Eröffnung von Giro-Konten.

Stadthallen-Lichtspiele
Lübeck. Mühlenbrücke 13.
Vom 30. 9. bis 6. 10. 1919:
Die Lieblingsfrau des Maharadscha. II. Teil.
6 Akte, mit Gunnar Tolnaes u. Lilly Jacobsen.
Der Tausendkünstler.
Lustspiel in 2 Akten. Hauptdarsteller: Carl Alstrup.
Industriefilm: Von der Seidenraupe bis zur Robe
Aufführungszeiten: Industriefilm 4 und 7 Uhr. Lustspiel 4.20 und 7.20 Uhr. 8148
Die Lieblingsfrau des Maharadscha: 5 u. 8 Uhr.

Adlershorst. Jeden Sonntag und Donnerstag: (8110 **Tanz**

8117 **Zentral-Hallen.**
Freitag: Großer Ball.
Sonnabend: Großer Ball.

Gesellschaftshaus
Weisser Engel
Ratzeb. Allee 29, Endstation der Linie 1
Jeden Sonntag und Donnerstag:
Gr. Ballmusik.
Anf. Sonntags 4½, Donnerstags 6½ Uhr
8109

Konzerthaus Flora.
Jeden Donnerstag: 8151
Großes Tanzkränzchen.
Anfang 6½ Uhr. Max Siems.

Achtung! Seeleute!
Donnerstag, den 2. Okt., abends 7½ Uhr,
im Konzerthaus „Fünfhausen" (kleiner Saal)
öffentliche Versammlung
sämtlicher Seeleute Lübecks zwecks Besprechung der Heuer- und Arbeitsbedingungen.
Es ist Pflicht eines jeden Seemannes zu dieser Versammlung zu erscheinen.
8156 Deutscher Seemannsbund.

Mitglieder der K. P. D.
von Lübeck, Herrnburg, Stockelsdorf, Schlutup, Kücknitz und Moisling
zwecks Besprechung über Betriebsräte finden folgende Versammlungen statt:
Mittwoch, 1. 10. aller im Metallgewerbe und Schiffbau
Donnerstag, 2. 10. aller im Holzgewerbe
Sonnabend, 4. 10. aller im Baugewerbe
Dienstag, 7. 10. aller im Verkehrswesen
Mittwoch, 8. 10. aller bei den Behörden
Donnerstag, 9. 10. aller im Handel und Gewerbe
Sonnabend, 11. 10. aller in Fischerei und Nahrungsmittelindustrie beschäftigten Mitglieder der K. P. D. abends 8 Uhr im Verkehrslokal.
Erwerbslose und Unfähige erscheinen in der Gewerbegruppe, in der sie zuletzt gearbeitet haben.
Ohne Mitgliedskarte kein Zutritt.
Der Wichtigkeit halber ist Erscheinen aller Pflicht.
8164 Der Ausschuß für Betriebsorganisation.

Deutscher Transportarbeiter-Verband.
Ortsverwaltung Lübeck.

Gemeinschaftl. Versammlung
sämtlicher am Hafen beschäftigten Arbeiter
am Donnerstag, den 2. Oktober, abends 7½ Uhr, im Gewerkschaftshaus.
Tagesordnung:
1. Stellungnahme zur Hafenarbeiterkonferenz.
2. Wahl von Delegierten.
Das Erscheinen sämtlicher Kollegen ist dringend notwendig. Nur Mitgliedsbücher des D. T. V. legitimieren.
8153) Die Ortsverwaltung.

Deutscher Musiker-Verband.
Der parität. Arbeitsnachweis befindet sich vom 1. 10. 19 im Städt. Arbeitsamt, Untertrave 104, und ist Dienstags, Donnerstags und Sonnabends vormittags von 10—12 Uhr geöffnet.
8160) Der Vorstand.

Für den 8157
Verkauf
von sehr preisw. halbfert.
Blusen
a. bess. Private suche m. tücht.
Händlerinnen
Verbindung und bitte solche ihre Adressen, Planen, Vgtl., Reißigerstr. 47, einzusenden.

Verband der Gemeinde- und Staatsarbeiter.
Filiale Lübeck.
Außerordentliche
Mitglieder-Versammlung
für alle an der Stadt beschäftigten ständigen Arbeiter u. Arbeiterinnen
am Donnerstag, d. 2. Oktober
abends 7½ Uhr
im Konzerthaus Fünfhausen.
Tagesordnung:
Bericht der Lohnkommission über unsere Teuerungszulage
Das Erscheinen sämtlicher Kollegen und Kolleginnen ist der wichtigen Sache wegen Pflicht.
8152) Die Ortsverwaltung.

Deutscher
Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Lübeck.
Achtung! Schmiede!
Versammlung
sämtlicher in den hiesigen Betrieben beschäft. Schmiede
am Freitag, dem 3. Oktober
abends 7 Uhr
im Gewerkschaftshaus.
8118) Die Ortsverwaltung.

Gesellschaftshaus Pockenhof.
Morgen Donnerstag: (8111
Gr. Tanzkränzchen.
Anf. 6 Uhr. F. Westfehling.

Hansa-Theater
Mittwoch: D. Juxbaron.
Donnerstag, 7 Uhr:
Zum letzten Male!
Eva,
das Fabrikmädel.
Optte. von Fr. Lehar.
Freitag:
Schwarzwaldmädel.
Sonnabend:
Die Faschingsfee.
8118

Stadttheater Lübeck
(8145
Mittwoch, den 1. Oktober:
3. Vorst. im Mittwoch-Ab.
Anfang 7 Uhr:
Lohengrin.
Romantische Oper in 3 Akten von R. Wagner.
Donnerstag, d. 2. Oktober:
Schauspielgemeinde
Gelbe Karten.
Stella.
Laune des Verliebten.
Zu dieser Vorstellung sind Eintrittskarten in beschränkter Anzahl an der Theaterkasse zu haben.
Freitag, den 3. Oktober:
3. Vorst. im Freitags-Ab.
Carmen.
Sonnabend, d. 4. Oktober:
Das Dorf ohne Glocke.

Beilage zu Nr. 229.
26. Jahrgang.

Lübecker Volksbote

Mittwoch,
den 1. Oktober 1919

Der wilde syndikalistische Seemannsstreik.

Man schreibt uns:

Der Aktionsausschuß seemännischer Berufsverbände, dem angeschlossen sind: 1. Reichsabteilung Seeleute des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes, 2. Verband Deutscher Seeschiffer-Vereine, 3. Verein Deutscher Kapitäne und Offiziere der Handelsmarine, 4. Verband Deutscher Schiffsingenieure und Seemaschinisten, hält es für seine Pflicht, der deutschen weitesten Oeffentlichkeit Aufklärung über Ursachen, Verlauf und schließliches Ende des die deutsche Seeschiffahrt und Hochseefischerei in einer für unser gesamtes Volk und die deutsche Seemannschaft so schweren und bitterernsten Zeit heimsuchenden wilden, politischen und putschartigen Seemannsstreiks durch Vermittlung der Tages- und Fachpresse zu geben.

1. Streikursachen. Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Urheber des wilden Seemannsstreiks nicht in den Kreisen der deutschen Seeleute selbst zu suchen sind. Schon während des Krieges haben unabhängig-linksradikale nichtseemännische Elemente unter den deutschen Seeleuten, namentlich in der Marine, mit ihrer Geist und Moral verwirrenden und zersetzenden linksradikalen Propaganda eingesetzt und sie nach Ausbruch der Revolution in erhöhtem Maße planmäßig in Wort und Schrift fortgesetzt. Ebenso gewissenlose wie geschäftige Agitatoren umschmeichelten die deutschen Seeleute in Wort und Schrift und feierten sie als „Träger und Pioniere des Weltbolschewismus und der Weltrevolution". Vom ersten Tage der Revolution an haben diese Elemente die seemännischen Berufsorganisationen als „überlebte und die Revolution hemmende Gebilde" bekämpft und in Mißkredit zu bringen versucht; nur deshalb, weil die alten seemännischen Berufsorganisationen sich nicht auf den Irrpfad der linksradikal-syndikalistischen Demagogen drängen lassen wollten.

Um einen organisatorischen Halt bei den deutschen Seeleuten zu haben, gründeten nichtseemännische kommunistische Drahtzieher eine linksradikal-syndikalistische gemischt-seemännische Organisation, die heute als „deutscher Seemannsbund" firmiert, vorgibt, eine seemännische Berufsorganisation zu sein und wirtschaftliche-berufliche Bestrebungen und Ziele zu verfolgen, in Wirklichkeit aber nur eine syndikalistische „spanische Wand" ist, hinter der die spartakistischen Drahtzieher Deckung suchen. Diese Elemente konspirieren in deutschfeindlichem Sinne mit gleichgesinnten Kreisen des feindlichen Auslandes, deren moralischen und finanziellen Einflüssen aller Art sie im höchsten Maße zugänglich sind. Ihr Bestreben ist, das deutsche politische und wirtschaftliche Leben auf Abwege zu führen, d. h. in ein völliges Chaos zu verwandeln: ihre Mittel sind dauernde Beunruhigung, Verblendung, Irreführung der seemännischen Bevölkerung, die man zur passiven Resistenz, Sabotage, zum Generalstreik und schließlich zum Weltstreik zu erziehen sucht. Die Seeleute sollen Träger dieser „internationalen Idee" und der sie stützenden und fortentwickelnden „lebendigen Internationale" sein. Die nichtseemännischen Verfechter dieser phantastischen Idee sind die wirklichen Urheber des gegenwärtigen „wahnwitzigen" Generalstreiks der Seeleute und der deutsche sogenannte Seemannsbund dient auch in diesem Falle den politischen Drahtziehern nur als Aushängeschild. Das alles ist den deutschen Seeleuten leider immer noch nicht in hinreichendem Maße, und selbst einigen behördlichen Organen, zum Bewußtsein gekommen.

2. Streikursachen. Die Streikurheber wie vorstehend kennzeichnen, heißt die Streikursachen feststellen. Dem gegenwärtigen seemännischen Teilstreik liegen durchaus keine wirtschaftlichen oder sozialen Ursachen und Motive zugrunde, sondern es handelt sich erwiesenermaßen um einen politisch-revolutionären Putsch, der von langer Hand angekündigt und vorbereitet ist und ursprünglich als politischer Generalstreik der Seeleute, Fischdampfermannschaften, Hafenarbeiter, Werftarbeiter und Verkehrsarbeiter gedacht war. Dieser Streik sollte quasi die Ouvertüre zu der „in Vorbereitung befindlichen neuen bisher unerreichten Revolutionsoper" im kommenden Winter sein.

Der gegenwärtige Teilstreik der Seeleute als politischer Putsch richtet sich in erster Linie gegen die heutige Regierung, gegen die Nationalversammlung und nicht zuletzt auch gegen die alten seemännischen Berufsorganisationen, namentlich gegen die freigewerkschaftliche Reichsabteilung Seeleute des deutschen Transportarbeiter-Verbandes; er richtet sich gegen jede normale Realpolitik, die im Rahmen wirtschaftlicher und sozialer Möglichkeiten einen Ausgleich der unterschiedlichen Interessen zwischen Reedern und Seeleuten auf tariflicher Grundlage anstrebt.

Urheber, Ursachen und Ziele dieses politischen Putsches lassen auf die Methoden und Mittel schließen, die in diesem Kampfe Anwendung finden. Fest steht, daß die übergroße Mehrzahl der deutschen Seeleute selbst diesem politischen Putsch durchaus ablehnend gegenübersteht, aber im Zeichen eines in jeder Hinsicht unzulänglichen Schutzes für ihr Leben beugen sich viele Seeleute dem ungehemmten syndikalistischen Terror, gemildert durch die von den Machern des Seemannsbundes frei und frank propagierte und praktizierte Sabotage und passive Resistenz an Bord der Schiffe; die spartakistischen Seemannsbündler haben „Stoßtrupps" organisiert, die gegen die streikunwilligen Seeleute an Bord der Schiffe, vor den Heuerbureaus, auf den Seemannsämtern und in Versammlungen Gewalt und Terror anwenden und sie mit Mord und Totschlag bedrohen. Hinzu kommt, daß die Macher des Seemannsbundes, die vorgeben, für die Anerkennung eines seemännischen Tarifvertrages zu kämpfen, den Tarifbruch in diesem Kampfe als oberstes Recht und Gesetz verkünden und feiern.

3. Streikverlauf. Kaum ein zweiter Streik in Deutschland wies von der ersten Stunde an so deutlich alle Merkmale eines alle und alles verwirrenden Chaos auf wie der gegenwärtige „Generalstreik" der Seeleute. Die seemännischen Berufsorganisationen mißbilligen den Streik, ein verhältnismäßig geringer Teil der deutschen Seeleute folgt der Streikparole nur widerwillig; die wenigen Streikenden selbst sind sich über die Streikursachen und Streikziele durchaus nicht klar und einig; die erst nach Ausbruch des Streiks von den Streikmachern aufgestellten Streikforderungen (neue Seemannsordnung, Kapitalabfindung an die durch die Hingabe der deutschen Handelsflotte erwerbslos gewordenen Seeleute usw.) sind politische Forderungen und müssen infolgedessen an Regierung und Parlament gerichtet werden, können aber auf keinen Fall von den bestreikten Reedern erfüllt werden; daneben aber lassen die syndikalistischen Macher des Streiks den Hauptzweck des Streiks, nämlich den Sturz der gegenwärtigen Regierung und die Neubelebung der Revolution nur so nebenher in ihren Versammlungsreden erkennen. Ziele, die den deutschen Seeleuten selbst natürlich völlig fern liegen und auch bisher nicht zum Bewußtsein gekommen sind. Jedenfalls sind sie nicht gewillt, sich um derartiger kommunistischer Ziele willen in die Unbillen eines längeren Streiks zu begeben.

Selten wurde von politischen Gauklern und Falschspielern mit streikenden Arbeitern ein so frevelhaftes Spiel getrieben, wie in diesem Teilstreik mit den Seeleuten. Die Hafen- und Werftarbeiter — mit winzigen Ausnahmen in Bremen — haben die ihnen zugedachte Rolle auch sehr bald erkannt und verweigern den Machern des seemännischen Teilstreiks glatt jede Gefolgschaft.

4. Streikfolgen. Eines haben die gewissenlosen Anstifter dieses politischen Teilstreiks der Seeleute erreicht; eine vorübergehende und auf einige Hafenorte beschränkte Stockung in der durch den Krieg so stark in Mitleidenschaft gezogenen aber für unser deutsches Wirtschaftsleben und unsere Volksernährung unentbehrlichen Seeschiffahrt und Hochseefischerei. Unstreitig werden unser Handel, Verkehr und namentlich die Volksernährung durch solche Stockungen unangenehm berührt. Aber das ist es ja gerade, was die Macher solcher und ähnlicher wilder Streiks in erster Linie anstreben; ihnen kommt es auf die planmäßige und nachhaltige Erschütterung unseres deutschen Wirtschaftslebens an, selbst auf die Eventualität hin, auf diesem Wege am wirksamsten zum schwersten Nachteil der deutschen Arbeiter und Seeleute den Interessen unserer Feinde zu dienen und Deutschlands Stellung im Welthandel und Weltverkehr erheblich zu erschüttern oder völlig zu untergraben. So richtet sich also letzten Endes dieser wilde politische seemännische Teilstreik in seinen eben nur nachteiligen Folgen in erster Linie, oder ausschließlich gegen die Interessen der deutschen Seeleute und des deutschen Volkes. Er richtet sich aber auch in erster Linie gegen die Interessen der vielen Tausende durch die Hingabe der deutschen Handelsflotte erwerbslos gewordenen deutschen Seeleute. Zirka 60 000 deutsche Seeleute aller Grade sind infolge der unvergleichlich schweren Kriegsverluste der deutschen Handelsflotte beruflich genommen erwerbslos geworden, sie rufen tagtäglich Regierung und Parlament um Schutz und Hilfe gegen die Folgen ihrer unverschuldeten Erwerbslosigkeit an. Welche Begriffe müssen Volk, Regierung und Parlament von den deutschen Seeleuten bekommen, die in demselben Moment, wo die Regierung und Parlament um Schutz und Hilfe in jeder Form gegen die Folgen einer immer weiter um sich greifenden Erwerbslosigkeit anrufen, zum wilden, grundlosen Teilstreik als politischem Putschmittel gegen Regierung und Parlament greifen? In demselben Moment, wo Regierung und Parlament an einer Gesetzesvorlage arbeiten, die geeignet ist, den erwerbslosen Seeleuten aller Grade ihr trauriges Los zu erleichtern; in demselben Moment, wo die zuständigen seemännischen Berufsorganisationen in Gemeinschaft mit dem Zentralverein Deutscher Reeder alle Vorbereitungen getroffen hatten, eine durchgreifende Revision des bestehenden Tarifvertrages zum Vorteile der deutschen Seeleute, durchzuführen, die nunmehr infolge des Teilstreiks, wenn auch nicht in Frage gestellt, so doch erheblich zum Nachteile der Seeleute verzögert wird. Viele Tausende deutsche Seeleute fristen erwerbslos in den deutschen Hafenorten ein kümmerliches Dasein und lassen sich trotzalledem von gewissenlosen politischen Drahtziehern, auf die vom deutschen Volke zu tragende Erwerbslosenunterstützung spekulierend, in einen wilden politischen Streik hineinhetzen. Man mag den Beweis dafür erbringen, daß in dieser wahnsinnigen Methode noch ein Atom von Vernunft und Logik steckt. Was soll Volk, Regierung und Parlament von deutschen Seeleuten halten, die schamlos genug sind, durch einen wilden politischen Teilstreik deutsche Transportdampfer stillzulegen, die dazu bestimmt sind, zirka 50 000 deutsche kriegsgefangene Brüder und Berufsgenossen aus England in die deutsche Heimat zurückzuführen? Zurück in die langersehnte Freiheit, in die Heimat, in die Arme ihrer Lieben! Dieser wilde politische Teilstreik der Seeleute niederer Chargen ist also in jeder Hinsicht ein Verbrechen an den deutschen Seeleuten, am Volke, an Vernunft und Logik. Er muß die deutsche Seemannschaft, wenn sie sich nicht sofort und nachdrücklichst gegen diesen neuesten spartakistischen Putsch mit allem Nachdruck und einig wie ein Mann auflehnt, um Ansehen, Achtung und Respekt bringen, wenn sie ihn billigen und stützen würde.

5. Streikende. Die deutschen Seeleute in ihrer übergroßen Mehrheit sind keine Verbrecher; sie billigen in ihrem logisch denkenden Teile dieses Streikverbrechen nicht; sie verabscheuen die politischen Drahtzieher als Macher dieses wilden Teilstreiks und deshalb wird und muß dieser erzwungene Teilstreik in Seeschiffahrt und Hochseefischerei in kürzester Zeit erfolglos und kläglich zusammenbrechen. Der mit bombastischen Worten verkündete „Solidaritäts- und Sympathiestreik aller Seeleute und Hafenarbeiter" wird als klägliche Farce ein erbärmliches Ende schnellstens finden müssen. Ein wohlverdientes Schicksal, um das bestenfalls die ehrlichen, irregeleiteten Seeleute und Fischereimannschaften zu bedauern wären. Das aber um so sicherer und schneller eintreten muß, als die meisten Seeleute nicht streikbegeistert sind, den wenigen streikenden Seeleuten von keiner Seite Streikunterstützung gezahlt wird und der kommunistische sogenannte Seemannsbund weder für die Behörden, noch für die Reeder, noch für die wirklich zuständigen seemännischen Berufsorganisationen eine verhandlungsfähige Organisation darstellt, Hafen- und Werftarbeiter den im Teilstreik stehenden Seeleuten die ihnen mit großen Worten verkündete Gefolgschaft versagen und infolgedessen die streikenden Seeleute führer-, plan- und ziellos ihrem Schicksal nicht mehr entrinnen können. Ein so blamabler Fehlschlag eines putschartigen politischen Seemannsstreiks muß und wird den restlichen Zusammenbruch des sowieso auf schwachen Füßen stehenden syndikalistischen Seemannsbundes zur unausbleiblichen Folge haben, wie das einige seiner „Führer" sehr richtig vorausgesehen und diesen Streik als eine erste und letzte Machtprobe bezeichnet haben. Das wäre der einzige nutzbringende Erfolg dieses sonst gemeinschädlichen Streiks, denn dann wird die Bahn frei für eine

---

Ingenieur Horstmann.

Roman von Wilhelm Hegeler.

(Nachdruck verboten.)

I.

Frau Regierungsrat Düsbach und ihre Tochter Anna saßen am Fenster des Parterrezimmers einander gegenüber. Anna las die Zeitung. Frau Regierungsrat starrte unentwegt auf die Straße. Draußen war nichts Besonderes zu sehen. Das Wetter war schauderhaft schlecht: Wind, Regen und Schnee. Im Schaufenster des Papierladens auf der anderen Straßenseite waren einige fratzenhafte Pappmasken ausgestellt, als Zeichen, daß man bald Fastnacht feiern würde in Düsseldorf.

Das Gesicht der alten Frau aber hatte einen Ausdruck, als wenn bereits Aschermittwoch wäre. In ihrem schwarzen Kleid, mit dem Kränzchen von falschen schwarzen Haaren auf dem dürren Vogelkopf glich sie einem gerupften alten Raben. Die Gedanken, die sie beschäftigten, waren trübselig und düster. Sie hatte tausend Mittel und Wege erwogen, wie sie sich vor den schlimmen Ereignissen, die die Zukunft bringen würde, retten könnte. Aber all diese Kombinationen hinkten, waren schief und lahm. Was Rechtes fiel ihr nicht mehr ein. Seitdem sie vor einigen Tagen erfahren hatte, daß ihre letzte Spekulation fehlgeschlagen und alles Geld verloren war, hatte ihr Geist gänzlich die Schwungkraft verloren. Sie fühlte sich der Lage nicht mehr gewachsen, alt geworden, flügelmüde. Sie dachte sogar ans Sterben und hatte sich schon die Worte zurechtgelegt, die der Pastor an ihrem Sarge sprechen würde.

Dabei blickte sie unbeweglich auf die Masken in dem Schaufenster. Seit acht Tagen hingen diese dort und hatten sie jeden Tag von neuem geärgert. Die eine war ein schwarzes Mohrengesicht, die zweite ein Engländer mit Monokel und blonden Koteletts aus Wery, die dritte, die allerhäßlichste, eine alte Weibsmaske, ein wahres Scheusal von Gesicht, mit hervorstehenden Backenknochen und klaffendem Mund, aus dem ein einziger langer Zahn hervortrat. Beim Anblick dieser Karikatur dachte Frau Regierungsrat — vom Lächerlichen bis zum Erhabenen ist nur ein Schritt — plötzlich an ihre eigene Großmutter.

Zuerst erschrak sie, aber dann erwuchs ihr aus dieser Erinnerung ein wahrhafter Trost. Sie entsann sich ihrer Großmutter noch ganz deutlich.

Als wenn es erst vor kurzem gewesen wäre, sah sie sich als kleines Mädchen, wie sie die humpelnde Greisin auf dem Weg zum Bankier begleitete. Dorthin trug die Alte alle Vierteljahr die Zinsen ihres Vermögens. Es war jedesmal eine große Prozedur. Sonst hockte sie meistens in ihrem Sorgenstuhl und nörgelte von dort aus den ganzen Tag. Nur ihr jüngstes Enkelkind liebte sie, vielleicht weil dieses so gern Pfennige sammelte. Aus dem Leben der Großmutter hatte Frau Regierungsrat nur wenig erfahren, aber das war um so bedeutsamer. Sie war schwer reich gewesen und dann verarmt. Ihr Mann hatte sich erhenkt, und sie hatte mehrere Jahre sitzen müssen, ihre Familie hatte sich ihrer geschämt; nur dem äußersten Zwange gehorchend, hatte man sie aufgenommen. Doch das lag längst vor Frau Regierungsrats Zeiten. In deren Kinderjahren war die Alte, Gott weiß durch welche Teufelskünste, wieder reich geworden, längst das Prunkstück der Familie geworden. Besonders das Enkelkind war stolz auf sie. Wenn man sie nach dem Alter der Greisin fragte, pflegte sie zu antworten: „Meine Großmutter ist siebenundneunzig. Wir möchten sie aber gern auf hundert bringen." Mit neunundneunzig war die Alte gestorben. Die halbe Stadt war hinter ihrem Sarge hergelaufen: daß ihr Mann sich erhenkt, daß sie einmal im Gefängnis gesessen, daß sie später die dunkelsten Geschäfte gemacht hatte, war vergessen — das Verdienst, beinahe hundert Jahre alt geworden zu sein, hatte alle ihre Sünden ausgelöscht.

Wie den Weisen aus dem Morgenland der Stern von Bethlehem in dunkler Nacht erstrahlte, so erschien der Frau Regierungsrat das Gesicht der alten Großmutter als Trost in ihrem grauen Elend. Sie fühlte sich von dieser Erinnerung frisch gestärkt und entwarf neue Pläne für die Zukunft.

Derweil war Anna in die Annoncen des Generalanzeigers vertieft. Endlos und kunterbunt war die Reihe der „fast wie neuen" Gegenstände, die von Privatleuten zum Verkauf angeboten wurden. Eine allgemeine Geldnot schien zu herrschen. Auf der nächsten Seite aber waren Vergnügungen angezeigt, so zahlreich, daß die Bevölkerung einer Großstadt damit hätte befriedigt werden können. Ein solches Ansehen hatte die Zeitung stets, wenn der Karneval vor der Tür stand. Seit Wochen befand sich Düsseldorf in einem angenehmen Taumel, der sich in den drei ersten Tagen der kommenden Woche, am Fastnachtssonntag, Rosenmontag und Fastnachtsdienstag, zu einer wilden allgemeinen Raserei steigern würde, bis dann am Aschermittwoch von den Kirchen und Klöstern das Armensünderglöckchen bimmelte, und der Priester auf die bleichen übernächtigen Gesichter das schwarze Ascherkreuzchen malte.

Als es zu dunkel geworden war, lehnte Anna sich schließlich zurück und sagte:

„Du könntest wohl die Lampe anstecken."

„Was meinst du?"

„Lampe anstecken, Mama! Man verdirbt sich ja die Augen."

„Der Petroleummann ist doch nicht mehr gekommen."

„Ach Gott, ist ja wahr! Na, das kann recht nett werden."

Sie gähnte und schlang die Hände um ein Knie, indem sie ihre Mutter mit interessiertem Gesicht, zwischen Verwunderung und Grauen, betrachtete. Dann sprang sie auf:

„Nun sag' bloß, was soll werden?"

„Ja, was soll werden?"

„Der Petroleummann kommt nicht mehr, der Fleischer will nicht mehr borgen, von morgen ab bleibt der Bäcker aus. Wir sollen wohl von der Luft leben?"

„Unsere Lage ist eben schrecklich, aber wir müssen uns drin finden."

„Wie denn?"

Frau Regierungsrat rieb sich die dürren, wohlgepflegten Hände, deren Finger mit kostbaren alten Ringen besetzt waren, und sagte langsam:

„Ich habe getan, was ich konnte, Anna. Ich habe mit allen meinen Kräften das Schreckliche ferngehalten, so lange es nur möglich war. Bis zum letzten Augenblicke sind wir standesgemäß aufgetreten, niemand kann uns in der Beziehung etwas nachsagen. Nun ist es eben zu Ende. Wir müssen ruhig zusehen, was kommt. Und wenn die Katastrophe hereinbricht, nun, so müssen wir eben beweisen, daß auch Leute wie unsereins Unglück haben können, aber daß sie trotzdem ihren Takt bewahren."

„Hm", meinte Anna nachdenklich, „also du meinst, daß wir gepfändet werden?"

„Ja."

„Was ist denn das eigentlich für eine Prozedur? Dann kommt so ein Kerl, klebt auf alle Sachen sein Siegel, und nachher wird die ganze Einrichtung verkauft. Nicht wahr?"

„Quäl' mich doch nicht! Ich weiß es selbst nicht."

„Wie fühlst du dich eigentlich, Mama?"

Anna selbst ging den kommenden Tagen ohne allzugroße Angst entgegen. Sie glaubte nicht recht an die wirkliche Nähe der Katastrophe und hoffte, auch diese würde noch vorübergehen, wie schon so manches drohende Ungemach sanft an ihr vorübergegangen war. Und wenn selbst wirklich alles zusammenkrachte, daß sie arm wie zwei Kirchenmäuse das Haus verlassen müßten: sie besaß etwas, was kein Gerichtsvollzieher ihr nehmen konnte. Gleich jenem griechischen Weisen dachte sie: mein Besitz trage ich mit mir. Ihr reiches, rotbraunes Haar, das Entzücken der Maler, wie es dergleichen in ganz Düsseldorf nicht zum zweiten Male gab, ihr Gesicht, das die alten Herren klassisch und die jungen pikant nannten, ihre ganze stolze Schönhet, mit der sich die kokette Grazie einer Katze verband, wirkte wie ein Talisman, unter dessen Zauber sich ihr ganzes Leben sich bis jetzt heiter, glücklich und leicht gestaltet hatte. Einem Lächeln von ihr gewährte man das, was man den bittersten Tränen einer anderen versagt hätte. Niemals hatte jemand streng gegen sie sein können. Deshalb vertraute sie auf ihre Schönheit, und ihr angeborener Leichtsinn konnte sie nicht zu wirklicher Sorge vertiefen. Aber immerhin war sie verdrießlich und vor allem wütend auf ihre Mutter.

Fortsetzung folgt.

ersprießliche seemännische Real- und Sozialpolitik, an der alle Teile freudigen Anteil nehmen können. Zum Nutzen der deutschen Seemannschaft, der deutschen Seeschiffahrt und des deutschen Volkes.

Sozialdemokratie und Umsatzsteuer.

Die Bedenken der Sozialdemokratie gegen das Umsatzsteuergesetz haben bekanntlich Anlaß zu Unstimmigkeiten im Ausschuß der Nationalversammlung gegeben. Der Vertagungsantrag der Sozialdemokraten wurde zurückgezogen, gleichwohl bestehen die Einwendungen gegen den Charakter des Gesetzes als einer drückenden Verbrauchssteuer nach wie vor. Genosse Krätzig hat hierzu bemerkenswerte Ausführungen gemacht, die wir nachstehend wiedergeben: Die Volkswirtschaft wird durch die Vorlage schwer erschüttert. Die Not des Landes ist groß, deshalb sind besondere Maßnahmen nötig, die später wieder beseitigt werden müssen. Der Durchschnitt der Steuern wird durch den Zirkulationsprozeß auf 20—25 Prozent steigen. Die Wirkung auf die Arbeiterschaft darf nicht übersehen werden, die Unzufriedenheit wird noch größer, vielleicht auch die Ausschreitungen. Die Preise der Verbrauchsgegenstände sind mehr als die Löhne gestiegen. Der Arbeiterhaushalt wird zu stark belastet, die Gefahren der wilden Streiks werden wachsen. Die Aufhebung der Zwangswirtschaft hat eine furchtbare Wirkung ausgelöst. Die Vorlage kommt in einer unglücklichen Zeit. Nach den von den Gewerkschaften aufgestellten Haushaltsrechnungen hat der Arbeiter beinahe achtzig Prozent seines Einkommens für Wirtschafts- und Bekleidungsgegenstände auszugeben. Bei einer siebenköpfigen Familie sind allein 17 Mark pro Jahr für Brot Umsatzsteuern zu bezahlen. Einen Antrag, die notwendigen Lebensmittel von der Steuer zu befreien, werden wir einbringen, die Befreiung muß ausgesprochen werden, sonst können wir nicht dafür stimmen. Gleichzeitig werden wir beantragen, die Steuer auf Luxuswaren auf 25 Prozent zu erhöhen. Besondere Beachtung verdient die höhere Besteuerung der Wollwaren, da Wollwaren in jeder Familie gebraucht werden. Der praktische Erfolg der Steuer ist der Ruin des größten Teils der Textilindustrie; die gesamte Volkswirtschaft wird gehemmt und nicht gefördert. Die Vorlage muß gründlich umgearbeitet werden, sonst ist sie unbrauchbar und führt nur zur ungeheuren Verteurung der Waren.

Die Akkordarbeit auf den Werften.

Der bereits kurz erwähnte Schiedsspruch für die Lohn- und Arbeitsbedingungen auf den Werften, gefällt am 23. September 1919 durch Landgerichtsrat Dr. Wulf, Referent im Reichswirtschaftsministerium in Berlin, in der Sitzung der für die Ausarbeitung von Richtlinien zur Sicherung der Stücklohnberechnung von Arbeitnehmern und Arbeitgebern der Seeschiffswerften eingesetzten Kommission hat folgenden Wortlaut:

Der Schlichtungsausschuß hat beschlossen, den beiden Parteien vorzuschlagen, sich auf folgender Grundlage zu einigen:

Der Schlichtungsausschuß steht auf den Standpunkt, daß die Wiedereinführung der Stücklohnarbeit eine notwendige Voraussetzung für das Wiederaufblühen der Werftindustrie darstellt.

Zum Zwecke der Wiedereinführung werden an den einzelnen Werftorten resp. Werften Ermittelungen zwischen den Werftleitungen und den Betriebsräten bezw. Arbeiterausschüssen der einzelnen Werke unter Hinzuziehung beiderseitiger Organisationen angestellt darüber, ob die notwendigen Voraussetzungen hierfür gegeben sind. Auf den Werften, auf denen die Voraussetzungen entweder für den ganzen Betrieb oder für einzelne Abteilungen gegeben sind, wird die Arbeit in Stücklohn entweder ganz oder in den betreffenden Abteilungen wieder eingeführt; angebotene Stücklohnarbeit darf nicht abgelehnt werden. Für die Regelung der Stücklohnarbeit sind maßgebend die in der Niederschrift vom 5. August 1919 in Ziffer 1 bis 13 niedergelegten Grundsätze sowie Ziffer 14 und 15 in folgender Fassung:

Niederschrift:

1. Die Arbeit darf in Stücklohn oder Lohn hergestellt werden. Jede andere Form der Entlohnung ist ohne Einverständnis der Vertragsparteien unzulässig.

2. Die Akkordbasis beträgt Stundenlohn zuzüglich 10 Prozent. Unter Akkordbasis versteht man den Durchschnittsstundenverdienst eines in Stücklohn arbeitenden Arbeitnehmers von durchschnittlicher Leistungsfähigkeit unter normalen Verhältnissen. Für Abschlagszahlungen wird der Stundenlohn zugrunde gelegt.

3. In dem Stücklohnbureau ist ein aus der Belegschaft gewählter Fachvertreter zur Mitwirkung bei Festsetzung und Ausführung der Stücklohnarbeiten einzustellen. Diesem Vertreter steht das Einspruchsrecht zu.

4. Entstehen über die Löhne eines Stücklohnpreises Streitigkeiten, so verhandelt eine Werkstattkommission von höchstens drei Facharbeitern mit Vertretern der Betriebsleitung über die endgültige Festsetzung.

Ist auch unter der Mitwirkung der Werkstattkommission eine Verständigung nicht zu erzielen, so wird die strittige Arbeit in Stundenlohn ausgeführt.

5. Den Arbeitern wird über alle Fragen der Stücklohnberechnung die von ihnen gewünschte Aufklärung erteilt.

6. Solche Arbeiten, die sich nach Art und Umfang nicht zur Ausführung in Stücklohn eignen oder für die sich die Höhe des Stücklohnes nicht ermitteln läßt, sollen nicht in Stücklohn ausgeführt werden.

7. Jeder in Stücklohn arbeitende Arbeitnehmer erhält vor Beginn der Arbeit einen Stücklohnzettel, auf dem die Art und der Preis der Arbeit bezeichnet sein müssen. Der Preis wird mit dem Arbeitnehmer vorher vereinbart. Ist diese Bestimmung nicht erfüllt, so gilt der Stücklohn als nicht abgeschlossen.

8. Werden Stücklohnarbeiter für Versuchsarbeiten beschäftigt, so ist ihnen ihr durchschnittlicher Stücklohnverdienst zu zahlen. Dasselbe gilt für Stücklohnarbeiter, die die Stücklohnarbeit vorübergehend zur Vornahme einer anderen Arbeit unterbrechen müssen.

9. Die in Stücklohn herzustellende Arbeit ist von den Arbeitgebern beziehungsweise ihren Beauftragten so vorzubereiten und zu fördern, daß dem Stücklohnarbeiter ungehindertes, fortdauerndes Arbeiten ermöglicht wird. Jede Zeitversäumnis, die durch die vom Stücklohnarbeiter nicht verschuldeten Hindernisse, wie fehlende Zeichnung, fehlende Vorrichtungen, fehlende Transportmöglichkeiten, fehlende Hilfskräfte, fehlendes Material oder Werkzeug usw. entsteht, wird als Wartezeit in Lohn bezahlt, soweit diese Wartezeit im Einzelfalle über 15 Minuten beträgt. Der Anspruch auf Wartezeit erlischt, wenn er nicht sofort beim Meister geltend gemacht wird.

10. Ist auch unter Mitwirkung der unter 4 genannten Kommission eine Verständigung nicht zu erzielen, so wird die strittige Arbeit zu dem Durchschnittsstundenverdienst des betreffenden Gewerkes im vorhergehenden Vierteljahr unter Kontrolle der Kommission, des Betriebsleiters und des Vertreters der Arbeiter ausgeführt und danach der Stücklohnpreis festgesetzt.

11. Die einzelne Stücklohnarbeit darf im allgemeinen für jeden Stücklohnarbeiter keine längere Arbeitszeit als 100 Stunden enthalten.

12. Die Auszahlung des Stücklohnüberschusses erfolgt nach Fertigstellung der Stücklohnarbeit, spätestens vier Wochen nach Beginn derselben. Bei Lösung des Arbeitsverhältnisses erhalten die Arbeiter nach Beendigung der Arbeit den ihnen zustehenden Anteil des Stücklohnüberschusses.

13. Die Einführung der Stücklohnarbeit darf keine Arbeiterentlassung zur Folge haben. (Nach den beiderseits abgegebenen Erklärungen soll die Entlassung von Arbeitern nach den gesetzlichen Vorschriften behandelt werden; wenn unter Berücksichtigung der gesetzlichen Vorschriften Entlassungen infolge Auftragsmangels, Materialmangels, Kohlenmangels usw. nicht zu umgehen sind, so sollen solche Entlassungen durch vorstehende Bestimmung nicht gehindert werden.) Außerdem wurden von den Arbeitnehmern folgende Forderungen gestellt, über die ein Einverständnis nicht erzielt werden konnte.

14. Stücklohnarbeiter, die infolge Material- oder Auftragsmangels nicht in Stücklohn beschäftigt werden können, erhalten den Stundenlohn zuzüglich 10 Prozent, falls die Unterbrechung der Stücklohnarbeit zwei Wochen nicht überschreitet.

15. Für Spezialfacharbeiten, die infolge ihrer Eigenart oder damit verbundener Lebensgefahr nicht in Stücklohn ausgeführt werden können, wird den Facharbeitern ein Zuschlag von 10 Prozent zum Stundenlohn gezahlt. Diese Bestimmung findet nur Anwendung auf Spezialisten, wie z. B. Werkzeugmacher, Reparaturfacharbeiter, Bordmontage-Facharbeiter usw., soweit sie durch diese Beschäftigung in der Uebernahme von Stücklohnarbeit gehindert sind.

Löhne.

1. Klasse: Bremen, Bremerhaven, Hamburg, Kiel, Lübeck und Stettin.

2. Klasse: Alle übrigen Seeschiffswerften des deutschen Reiches

		Mk.
Gelernte Arbeiter	1. Klasse	2,70
	2. „	2,50
Angelernte Arbeiter	1. „	2,60
	2. „	2,40
Ungelernte Arbeiter	1. „	2,40
	2. „	2,20
Jugendliche Arbeiter unter 15 Jahre	1. „	0,50
	2. „	0,45
„ „ „ 16 „	1. „	1,—
	2. „	0,90
„ „ „ 17 „	1. „	1,30
	2. „	1,20
„ „ „ 18 „	1. „	1,60
	2. „	1,50
„ „ „ 19 „	1. „	1,80
	2. „	1,70
„ „ bis zum vollendeten 20. Lebensjahre	1. „	2,—
	2. „	1,90
Lehrlinge im 1. Lehrjahre	1. „	0,50
	2. „	0,45
„ „ 2. „	1. „	0,75
	2. „	0,65
„ „ 3. „	1. „	1,—
	2. „	0,90
„ „ 4. „	1. „	1,30
	2. „	1,20
Ausgelernte unter 20 Jahre	1. „	2,30
	2. „	2,10

Frauen, die als Facharbeiterinnen arbeiten, gelten als angelernte Arbeiter. Für sie gelten bei gleicher Leistung gleiche Entlohnung wie beim Mann.

Die Lohnsätze für ungelernte Frauen, wie Scheuerfrauen und für das Speisehalle- und Magazinpersonal, werden von den Werften nach Vereinbarung mit den Arbeiterräten festgesetzt.

Arbeitszeit.

In Ansehung der Notwendigkeit, durch erhöhte Produktion den Wiederaufbau des Wirtschaftslebens zu fördern, steht der Schlichtungsausschuß auf dem Standpunkt, daß die 48stündige wöchentliche Arbeitszeit nicht ermäßigt werden kann.

Wirtschaftsbeihilfe.

Allen verheirateten Arbeitern ist eine sofort zu zahlende Wirtschaftsbeihilfe von 600 Mark zu zahlen.

Urlaub.

Jedem Arbeiter wird unter Fortzahlung des Lohnes Urlaub gewährt, und zwar bei einer Beschäftigungsdauer von ½ Jahr bis 1 Jahr 6 Tage, 1 Jahr bis 5 Jahren 10 Tage, 5 Jahren bis 10 Jahren 14 Tage, über 10 Jahre 18 Tage.

Die Urlaubszeit fällt in die Zeit vom 1. Mai bis 31. Oktober. Vorausgegangene Beschäftigung in einem anderen Werftbetriebe ist in Anrechnung zu bringen, sofern der betreffende Arbeiter in dem Betrieb ein Jahr beschäftigt gewesen ist. Die Reihenfolge für den Urlaubsantritt hat die Direktion im Einvernehmen mit dem Betriebsrate festzusetzen. Wünschen der Arbeiter ist nach Möglichkeit Rechnung zu tragen. Für die Urlaubszeit ist den Arbeitern der volle Lohn bei Antritt des Urlaubs auszuzahlen. Eine Entschädigung in Geld an Stelle des Urlaubs ist nicht gestattet.

Nachdem der Vorsitzende den Vergleich vorgetragen, ziehen sich die Parteien zur Beratung zurück. Nach kurzer Beratung erklärt Zerniße als Vertreter der Werftarbeiter: Obgleich der Einigungsvorschlag des Schlichtungsausschusses nicht alle Wünsche der Arbeiter erfüllt, insbesondere auch keine Verkürzung der Arbeitszeit vorsieht, und deswegen noch Bedenken bei den Arbeitnehmervertretern bestehen, erkläre ich namens der Vertreter der Werftarbeiter, daß die hier anwesenden Vertreter in der am Sonntag, 28. September, einberufenen Konferenz der Arbeiterräte der Werften einmütig für die Annahme des Vergleichsvorschlages wirken werden.

Als Arbeitgebervertreter der Werften erklärt Direktor Wallwitz, der vorgeschlagene Vergleichsvorschlag sei für die Werften unannehmbar.

Daraufhin erklärte der Vorsitzende, Landgerichtsrat Dr. Wulf: Nachdem die Arbeitgebervertreter den Vergleichsvorschlag ablehnen, verkündet das Schiedsgericht den vorgeschlagenen Vergleichsvorschlag als Schiedsspruch.

Den Parteien wird der Schiedsspruch mit der Bemerkung bekanntgegeben, daß die Erklärung darüber, ob sie sich ihm unterwerfen werden, bis zum 30. September 1919 beim Reichsarbeitsministerium abzugeben ist. Die erste Zahlung nach den erhöhten Lohnsätzen hat im Falle der Annahme in der laufenden Lohnwoche nach dem 1. Oktober zu erfolgen.

Sonntag tagte in Hamburg eine Konferenz von Vertretern der Werftarbeiter. Es wurde beschlossen, auf den Werften eine Urabstimmung über die Annahme des Schiedsspruchs vorzunehmen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die Besteuerung der Kriegsteilnehmer.

Wiederholt haben Kriegsteilnehmer ihrer Mißstimmung darüber Ausdruck gegeben, daß sie nach dem im Steuerjahr 1919 tatsächlich bezogenen Einkommen zur Steuer herangezogen worden sind, während ihre Berufsgenossen, die während des Krieges bei ihrer Beschäftigung bleiben konnten, ihrer Einschätzung die Verdienste der letzten Kriegsjahre, also wesentlich geringere Einkommen, zugrunde legen konnten. Das preußische Finanzministerium hat eine Aenderung dieser Sachlage ablehnen müssen, obwohl eine gewisse Unbilligkeit anerkannt werden mußte. Es sprachen aber so zahlreiche rechtliche wie tatsächliche Bedenken gegen eine Umgestaltung des Einkommensteuergesetzes, daß man das Gesetz in seiner alten Fassung bestehen lassen mußte. Jedoch ergibt sich der Ausweg, mittels des § 20 des Gesetzes durch Gewährung von Steuerermäßigung, durch Stundungen oder Zubilligung von Teilzahlungen den Kriegsteilnehmern entgegenzukommen, ein Weg, der von dem Finanzminister in den letzten Tagen energisch beschritten wurde. Erwägenswert wäre eine allgemeine Heraufsetzung der Steuern für die, die während des Krieges ihrer Beschäftigung nachgehen konnten. Hier dürften sich immer noch unerschöpfte neue Steuerquellen ergeben. Von berechtigten Klagen wird man allerdings jene Agitation scharf zu trennen haben, die von gewisser Seite lebhaft betrieben wird, um der Regierung auch hier das Leben möglichst schwer zu machen.

Deutschnational.

Reventlow schreibt in der „Deutschen Tageszeitung": „Die Alliierten und Assoziierten wissen, daß sie von einer Verwirklichung der Parole „national" in Deutschland nichts zu fürchten — der Gedanke ist lächerlich — hätten, sondern lediglich Vorteile haben." Reventlow will mit Hilfe der englischen und französischen Chauvinisten wieder zur Macht. Seiner Gesinnung nach ist er schon ein Landesverräter. Aber im übrigen hat er mit der Behauptung recht, daß die Alliierten von den deutschnationalen Maulaufreißern nichts zu fürchten haben. Haben diese doch der Entente geholfen, den Sieg zu erringen und Deutschland zu Boden zu treten.

Der Führer der Deutschnationalen, Staatsminister a. D. Hergt, erklärte in einer Versammlung in Greifswald, die antisemitische Welle werde den kommenden Wahlkampf für die deutschnationale Partei ganz außerordentlich erleichtern. Die Gegenrevolution komme von ganz allein, die Monarchie der Zukunft werde sich mit dem parlamentarischen System, wie die Deutschnationalen es für richtig halten, vollständig einrichten können. Man kann den früheren Konservativen gewiß nicht verdenken, daß sie sich solchen Hoffnungen hingeben. Aber warum haben sie bloß die Monarchie mit dem parlamentarischen System „wie sie es auffassen", nicht schon früher eingerichtet, als sie es so viel leichter hatten? Einsichten, die zu spät kommen, sind ebenso wertlos, wie Wechsel auf die Zukunft. Nebenbei sind sie auch unehrlich.

Heimkehr unserer Gefangenen aus Aegypten.

Die Reichszentrale für Kriegs- und Zivilgefangene teilt mit: Bei der deutschen Waffenstillstandskommission ging eine neue Note der englischen Waffenstillstandskommission ein, worin erklärt wird, daß die Heimschaffung der deutschen Gefangenen aus Aegypten in Kürze beginnen werde. Die Heimschaffung der Gefangenen aus den anderen englischen Kolonien sei in die Wege geleitet. Eine britisch-deutsche Unterkommission zur Regelung der verschiedenen Schiffsfragen wird nicht für nötig erachtet.

Zur Forderung der Entente

über die Räumung des Baltikums sagt die „Deutsche Allgemeine Zeitung" es bleibt zweifelhaft, ob die Regierung imstande sein werde, diejenigen Soldaten, die die deutsche Staatsbürgerschaft aufgegeben haben und in russische Formationen eingetreten sind, als Deutsche zu behandeln. Es handle sich dabei um Landsknechttruppen, die über Nichtinnehaltung der Ansiedlungsversprechungen empört seien. Unter diesen Umständen sei zu hoffen, daß der Verband die angedrohten Zwangsmaßregeln, die Deutschlands Ruin bedeuten würden, dann nicht in die Tat umsetzen würden, wenn er die Ueberzeugung gewinnt, daß die Reichsregierung alle Mittel des Willens und der Tat einsetzen werde, um im Vertrag zu bleiben.

Russische Truppen übernahmen in Kurland die Sicherung gegen Riga und lösten die Deutschen ab.

Die historische Wahrheit über die Revolution.

Die unabhängige Berliner „Freiheit" ereifert sich über den Versuch des preußischen Kriegsministers Reinhardt, den Vertrieb der Aufklärungsbroschüre „Was ist in Deutschland geschehen" unter den heimkehrenden Kriegsgefangenen zu verhindern, wobei sie in hetzerischer Art natürlich verschweigt, daß und wie dieser Uebergriff des Kriegsministers vereitelt worden ist. Aber im Drange der sittlich-moralischen Entrüstung entschlüpfen ihr Geständnisse, die verdienen, über den Tag hinaus festgehalten zu werden. Die „Freiheit" schreibt:

Die Broschüre stellt — der Wahrheit gemäß — fest, daß die Revolution eine Folge des militärischen Zusammenbruchs war. Wie jede Wahrheit, so hat auch diese lebhaften Anstoß in reaktionären Kreisen erregt.

Es ist beachtenswert, mit welchem Eifer sich die „Freiheit" hier um die historische Wahrheit bemüht. Sonst haben die Unabhängigen garnichts davon wissen wollen. Sonst hieß es immer, die Unabhängigen hätten, sie einzig und allein, die Revolution gemacht. Ledebour hat in seinem Prozeß haarscharf bewiesen, daß er der eigentliche Vater und Veranstalter der Revolution sei. Emil Barth macht ihm den Ruhm streitig, weil er zehntausend Pistolen gekauft, wenn auch nicht bezahlt hat. Die Mehrheitssozialisten, hieß es immer, hätten sich frecher- und unbefugterweise in die Revolution der Herren Ledebour und Barth hineingedrängt, sie seien als parasitische Nutznießer der von anderen gemachten Revolution zu betrachten. Jetzt zerstört die „Freiheit" die von ihren Freunden mühsam aufgebaute Geschichtslegende und stellt die simple historische Wahrheit fest, daß die Revolution eine Folgeerscheinung der deutschen Niederlage war. Wir heben uns dieses Geständnis auf, falls die Unabhängigen wieder einmal mit ihrer Vaterschaft der Revolution hausieren gehen.

Heda!

Folgendes Schreiben liegt dem „Vorwärts" im Original vor:

Berlin-Friedenau, Datum des Poststempels.

Sehr geehrter Herr!

Das Verteidigungsmittel „Heda" ähnelt dem Gummiknüppel der englischen Schutzleute, ist aber in seiner Wirkung viel wirkungsvoller. Ein gewöhnlicher Schlag genügt, den Angreifer unschädlich zu machen. „Heda" ist von außerordentlicher Elastizität und erstaunlicher Durchschlagskraft. Das Instrument gleicht einer starken Hundepeitsche und kann unauffällig auch auf Spaziergängen und Reisen mitgenommen werden. Es ist in zwei Ausführungen, einer stärkeren, in seiner Wirkung überaus furchtbaren, und in einer schwächeren zu haben. Der Preis beträgt für die erstere 25 Mk., für die andere 20 Mk. das Stück. „Heda" wird nur an Herren und Damen abgegeben, die sich als Mitglied eines nationalen Vereins ausweisen können, denn es soll vermieden werden, daß „Heda" in Hände gelangt, die damit Mißbrauch treiben könnten.

Besichtigung Potsdamer Str. 1, Hof, 4 Treppen.

Hochachtungsvoll

Kunze, Generalsekretär der D. N. V. P.

Für Herrn Kunze scheint die stärkere, „in ihrer Wirkung überaus furchtbare" Ausführung das besser geeignete Instrument zu sein. Für seine übrige antisemitisch-deutschnationale Gefolgschaft dürfte die schwächere Ausführung genügen.

Schwadroneure als Betriebsräte.

Von Richard Woldt.

Entweder entwickelt sich das Rätesystem in unserer Wirtschaft zu einem Tummelplatz für Schwadroneure oder die zukünftigen Betriebsräte setzen sich rechtzeitig auf die Hosen und lernen in die Aufgaben hineinwachsen, suchen mit nüchternem Wirklichkeitssinn die Dinge zu meistern. Es ist kein Zweifel, daß um die Durchführung des Rätesystems innerhalb der Arbeiterbewegung die leidenschaftlichsten Kämpfe bevorstehen.

Zwei Richtungen ringen miteinander. Von links-radikaler Seite sucht man die Gewerkschaften auszuschalten; wir dagegen können uns die Verwirklichung des Rätegedankens erfolgreich für die Arbeiterbewegung nur unter dem Gesichtspunkte vorstellen, daß wir auf dem Boden der Gewerkschaften weiterbauen. An dieser Stelle ist schon wiederholt darauf hingewiesen worden, daß im Betriebsrätegesetz die Grundgedanken jener Forderungen ihre Verwirklichung finden sollen, die von den Gewerkschaften schon immer umkämpft worden sind: Mitbestimmung am Arbeitslohn, Arbeitsleistung und Arbeitsbedingungen. Die Auswertung des durch die Gewerkschaften organisatorisch geschulten Menschenmaterials ist einfach nicht zu entbehren.

Untersuchen wir das Wirtschaftsfeld, in das die Betriebsräte für die Zukunft eintreten werden. Zweigetrennte Welten stoßen aufeinander: die kapitalistisch schaffende Bourgeoisie mit ihrer wirtschaftlichen Stabskunst und ihrem reichen Können tritt den Arbeitervertretern gegenüber, die auf wirtschaftlichem Gebiete nicht auf der gleichen Höhe stehen.

Das ist nicht unsere Schuld, sondern zunächst die Schuld der politischen Entwickelung. Der Arbeiter stand vor dem Kriege rechtlich außerhalb jeder Mitarbeit in Politik und Wirtschaft. Wo er tatsächlich als Machtfaktor in Erscheinung getreten ist (in der Wirtschaft z. B. durch die Tarifentwickelung erfolgreicher gewerkschaftlicher Kämpfe) war es ein Resultat zäher organisierter Selbsthilfe. In die Gesetzgebung aber als gleichberechtigter Kontrahent war der Arbeiter nicht eingegliedert. Die Gründe brauchen hier nicht näher erörtert zu werden, die Ausnahmestellung der Sozialdemokratie als politische Partei, der Herrenstandpunkt der Unternehmer und die Nachgiebigkeit der alten Regierung diesen Auffassungen gegenüber, die Tatsache z. B., daß kurze Zeit vor dem Kriege unser verstorbener Genosse Heinemann sein bekanntes Warnungssignal an die Oeffentlichkeit kundgab, den Bogen nicht zu überspannen, als man auch die Gewerkschaften unter ein neues Ausnahmegesetz bringen wollte, kennzeichnen die Entwickelung der Dinge. Die Verbitterung der Arbeitermassen, der Mangel am Gelegenheit, praktisch an der Gestaltung von Wirtschaft und Politik mitarbeiten zu lernen, sind die Folgen jener Politik, die sich gerade heute bitter rächt.

Die wichtigsten Verhandlungsfragen der zukünftigen Betriebsräte werden nun betriebswirtschaftliche Dinge berühren. Alle Lohnfragen, Produktionsvorgänge, Angelegenheiten der Arbeitsbedingungen im weitesten Sinne des Wortes, Preis- und Bilanzfragen machen es zur Voraussetzung, die Einzelheiten im Betrieb selbst genügend zu beherrschen. Und darüber kann kein Zweifel bestehen, daß zunächst auf absehbarer Zeit die wirklichen Sachkenner viel zahlreicher auf der Unternehmerseite vertreten sein werden.

Als Franz Mehring uns noch in jedem Spitzenartikel der „Neuen Zeit" die Weisheit predigte, daß die Bourgeoisie an innerlicher Kraftlosigkeit ihrem Zusammenbruche entgegeneile, sahen diejenigen, die sich im Wirtschaftsleben mit den Dingen praktisch auseinandersetzen mußten, wie fern dieser Zusammenbruch war. In den Geschäftsräumen der Unternehmerverbände fand ein wunderbar organisierter Erfahrungsaustausch statt, in den wissenschaftlichen Fachvereinen wußte man miteinander und voneinander zu lernen. Die kapitalistische Wissenschaft in den technischen Hochschulen und Handelshochschulen schuf die geistigen Arbeiter, die Bourgeoisie war durchaus noch nicht am Ende ihres Lateins angelangt, und darum sehen wir heute in diesem Lager eine Fülle von Intelligenzen und schaffenden Kräften, die fähig sind, wirtschaftlich führende Arbeit zu leisten.

Bei der Gelegenheit ein Wort zu dem Wunderglauben von linksradikaler Seite an die Mitarbeit der Angestellten. Ich will nicht bestreiten, daß es sehr darauf ankommen wird, die Fähigkeiten und Kenntnisse der Angestellten, die neben den Arbeitern den Betriebsräten angehören werden, ertragreich zu verwerten. Aber werden die Angestellten hier in ziemlich großem Umfange nicht zuerst selbst Lernende sein müssen? Weite Kreise der Angestellten müssen sich erst einmal politisch und in ihrem wirtschaftlichen und sozialen Denken selbst hineinfühlen in die neuen Verhältnisse. Der politische Radikalisierungsprozeß ist erst während des Krieges und im Laufe der Revolution erfolgt, es fehlt jetzt noch an der „pupillarischen Sicherheit" des Urteils und es wäre mehr als optimistisch, wollte man sich auf eine gradlinige Stellungnahme zu den Fragen allzusehr verlassen. Dann aber auch wird es an den rein praktischen Kenntnissen fehlen. Besonders wichtig ist die Entscheidung über betriebswirtschaftliche Angelegenheiten (Nachprüfung von Kalkulationen, Bilanzen, Beurteilung von Produktionsvorgängen, Abschätzung von Preisen, Arbeitslöhnen u. dergl.) Nun ist nicht zu bestreiten, daß auch der Angestellte vornehmlich in den modernen Großbetrieben ein Teilarbeiter, ein Rädchen in dem Getriebe des ganzen Werkes ist. Der Kaufmann wird als Formulararbeiter, als Schreiber verwendet, der Ingenieur als „Strichzieher", als Spezialist, dem nur ein sehr enges Arbeitsgebiet angewiesen wird. Je enger sein Arbeitsbezirk, je sorgfältiger er eingegliedert ist in eine Spezialfunktion, je mechanisierter sein Arbeitspensum, desto leichter kann er ausgewechselt werden. Diese Mechanisierung auch der geistigen Arbeit ist ja ein Kennzeichen der kapitalistischen Betriebsweise. Man braucht nur ein wenig einzudringen in die Gesetze dieser Arbeitsorganisation, um zu erkennen, daß nur eine sehr dünne Oberschicht von Betriebsbeamten genügend Universalisten sind, um einen allgemeinen Ueberblick in Betriebsfragen zu besitzen, die übergroße Zahl sind subaltern, und diejenigen, die als kundige Thebaner angesprochen werden können, sitzen voraussichtlich vorwiegend in den Verhandlungen der Betriebsräte auf der Gegenseite, werden von den Unternehmern selbst als Sachverwalter ihrer eigenen Interessen in das Treffen geführt.

Demgegenüber unsere Arbeiter. Wir haben aus den primitiven Gewerkschaftskämpfen uns mühsam durchsetzen müssen. Wir hatten unser gewerkschaftliches Führermaterial nur für die Arbeit aufgebraucht, die geschlossene Organisation zu schaffen. Gewerkschaftsarbeit war und blieb Machtkampf. Es kam für einen jeden Gewerkschaftsbeamten darauf an, möglichst viel Mitglieder zu machen, Marken zu kleben. Eine wirkliche Gewerkschaftsstrategie, eine höhere Qualitätsarbeit, ein wissenschaftliches Wirtschaftskönnen haben wir nur in begrenztem Umfange entwickeln können. Innerhalb unserer Führerschaft und natürlich noch viel mehr innerhalb unserer Massen ist die Ausdehnung, um das Wort zu wiederholen, wohl mehr in der Breite, nicht genug aber in der Tiefe vor sich gegangen. Kapitalistische Hochkultur steht also hier einem nur mühsam und unzulänglich erworbenem Wirtschaftskönnen gegenüber.

Und nun stehen wir bei dem Rätesystem vor vollständig neuartigen Aufgaben. Das Rätesystem ist für uns eine neue Welt mit erweiterten Rechten, zugleich aber auch mit einer Fülle größerer Verantwortlichkeit. Wir müssen den Mut haben, den Massen zu sagen, daß das Rätesystem sich nicht von heute zu morgen verwirklichen läßt, sondern einen Entwicklungsvorgang bedeutet. Wir müssen hineinwachsen in die neuen Aufgaben und haben uns auf Enttäuschungen vorzubereiten.

Wenn von linksradikaler Seite die Behauptung aufgestellt wird, daß die zukünftigen Funktionen des Rätesystems einen Arbeiterbetrug bedeuten, daß nichts erreicht worden ist, so können wir darauf hinweisen, wie umfangreich und wirkungsvoll in Wahrheit die Funktionen im Betriebsrat für die Arbeiter in Erscheinung treten werden und nur die unabhängige Taktik den Erfolg hat, daß die tatsächlich geschaffene Stellung des Betriebsrates nicht ausgewertet wird. Die Schreier und radikalen Worthelden werden allerdings sich am unfähigsten erweisen, die gegebenen Positionen restlos auszunutzen.

Ein Bild aus der Praxis. In irgendeinem Industrieort wählt die Arbeiterschaft eines Großbetriebes sich ihren Betriebsrat. Die großen Schreier haben di ebesten Aussichten, der Betriebsrat ist also stramm radikal besetzt. Die erste Sitzung am Verhandlungstisch. Natürlich Lohnfragen. Es gibt Propheten, die sich das Betriebsratswesen nur als eine einzige ununterbrochene Lohnbewegung vorstellen können. Der Direktor lehnt die Forderung nach Lohnerhöhung mit dem Hinweis auf die Unmöglichkeit ab, dann noch wettbewerbsfähig zu sein. Der Gegenbeweis für diese seine Behauptung muß erbracht werden. Und zwar schwarz auf weiß. Die vorgelegte Kalkulation ist nachzuprüfen und zu widerlegen. Nun gehört dieses Gebiet zu den schwierigsten Fragen der Betriebswissenschaft überhaupt. Der komplizierte Werdegang modern-industrieller Produktion ist in seinen feinsten Verästelungen nachzuspüren. Wie schnell werden da die radikalen Phraseure versagen! In der Praxis hat es sich ja immer gezeigt, daß gerade diejenigen, die am wortgewaltigsten in der Versammlung agieren, am Verhandlungstische die bescheidenste Figur spielen. Denn hier kommt es auf wirkliche Kenntnisse an, auf positives Wissen. Dabei haben wir nur das eine Beispiel mit den Kalkulationen herausgegriffen, auf anderen Gebieten läßt sich dasselbe demonstrieren.

Was geschieht von den Linksradikalen, um diesen nüchternen Wirklichkeitssinn zu fördern, auf die einzig mögliche erfolgreiche Tätigkeit vorzubereiten Nichts. Die radikale Geste, die negierende Phrase, das revolutionäre Schlagwort soll das positive Können ersetzen.

Daran werden die Unbhängigen beim Betriebsrätesystem scheitern. Ihre Taktik ist auf die Tendenz eingestellt, die Betriebsräte als Bastionen ihrer parteipolitischen Macht auszubauen, durch eine „Beunruhigungsstrategie" ihre Chancen zu sichern. In Wirklichkeit werden sie damit das Wirtschaftsleben dauernd am Gesundungsprozeß hindern, und die Rätewirtschaft nicht zu einem vorwärtstreibenden Faktor, sondern zu einem Hemmschuh der Entwicklung werden lassen. Zur Freude der Unternehmer, die damit nur die Gewähr finden, dem alten Zustand wieder näher zu kommen. Revolutionäre Phrase und Erfüllung reaktionärer Hoffnungen werden auch hier eng beieinander sich finden.

Die Hoffnung ist erlaubt, daß die deutschen Arbeiter rechtzeitig das Spiel durchschauen und sich entsprechend entscheiden werden.

Das Recht auf Wohnung.

Es erscheinen heute mehr Bücher, Zeitschriften und Aufsätze über das Bauwesen, als Häuser entstehen. Die Zahl der Baulustigen ist groß, die der Wohnungsbedürftigen ungeheuer: Kriegsteilnehmer, Kriegsbeschädigte, Rückwanderer aus dem Auslande und den geraubten Gebieten warten auf Ansiedelung. Man hat ihnen große Hoffnungen gemacht durch organisatorische Maßnahmen, Ausstellungen und Ueberteuerungszuschüsse, nun fühlen sie sich betrogen und erhöhen die allgemeine Mißstimmung.

Zur Abhilfe des Wohnungsmangels, der bei der zunehmenden Knappheit an Baustoffen doppelt fühlbar ist, bleiben zwei Möglichkeiten: Einschränkung des Bedarfes an neuen Wohnungen und Bau von Häusern aus Materialien, die nicht auf Kohlen angewiesen sind. Für die Einschränkung der Nachfrage kommt bessere Ausnutzung der vorhandenen Wohnungen in Betracht. Es lassen sich insbesondere alle nur zeitweilig als Sommer- oder Stadtwohnungen benutzten Räumlichkeiten einem dauernden Gebrauche zuführen, zunächst in der Nähe der Großstädte; aber auch die Uebersiedelung in Sommerfrischen und Badeorte kann in Frage kommen, besonders wenn sie durch Auskunftsstellen, Propaganda, materielle Förderung (z. B. billigere Frachten, Erleichterung der Möbeltransporte) unterstützt wird.

Nur Behelfscharakter hat die Belegung von Kasernen, Schulen, Schlössern und Barackenlagern.

Eine weitere, jetzt häufig angewendete Maßnahme, ist das Zusammenziehen von Verwandten, Einzelpersonen und Familien. Jedenfalls ist es im allgemeinen angenehmer, mit Nahestehenden als mit Wildfremden zusammen zu leben und man wird dann manche Uebequemlichkeit eher in den Kauf nehmen. Immerhin sind unsere Etagenwohnungen in ihrer Mehrzahl nicht sehr dafür geeignet. Weit mehr sind dies die Villen, bei denen eine Trennung nach Stockwerken möglich ist. Aber auch bei großstädtischen Mietwohnungen läßt sich vielfach mit einigen baulichen Aenderungen gemeinsame Benutzung oder Teilung ermöglichen. Hierzu sind eingehende Erhebungen durch die Gemeinden erforderlich. Es kann deshalb nicht Aufgabe der Kommunalbeamten sein, diese Arbeiten für alle Wohnungen ihres Bereiches zu leisten, sondern sie sollen nur Unterlagen schaffen für Verordnungen, nach denen die Hausbesitzer selbst zur Abänderung der Wohnungen Pläne durch Privatarchitekten anfertigen lassen und der Behörde einreichen.

Die Not zwingt jetzt schon an vielen Stellen zu Eingriffen wie sie zunächst aus Rußland und Ungarn als Auswüchse des Bolschewismus gemeldet waren: Belegung von Sommerwohnungen, zwangsweise Einquartierung in große Wohnungen, Hinaussetzen von Junggesellen.

Auf diese Weise sind bisher den Stadtverwaltungen zwar weitgehende Rechte überantwortet, aber nicht entsprechende Verpflichtungen auferlegt. Jeder, der in einer Stadt arbeitet, gearbeitet hat, oder arbeiten will, muß gegen Entrichtung der angemessenen Miete Anspruch auf ein Mindestmaß an Wohnung haben. Die Zahl der Zimmer wird sich nach Zahl, Alter und Geschlecht der Bewohner zu richten haben; ferner müssen Zuschläge erfolgen für Kopfarbeiter, Aerzte, Rechtsanwälte usw. Auch das Einkommen des Mieters kann bei Festsetzung der Mietezahlung berücksichtigt werden. Wer eine größere Zimmerzahl — im eigenen Hause oder in einer Mietwohnung — zur Verfügung hat, als ihm zusteht, sollte einer Steuer unterworfen werden, die für jedes weitere Zimmer progressiv stiege. Es ist nicht einzusehen, warum dieser Luxus nicht besteuert werden soll, da jeder andere jetzt hoch belastet wird. Aus den Erträgen dieser Steuer könnten dann Mieteermäßigungen für Familien mit großer Kinderzahl und geringem Einkommen ermöglicht werden. Eine solche Abgabe würde auch viele treffen, die es verstehen, die direkten Steuern zu umgehen.

Wir lernen ja in diesen Tagen schnell umdenken. Daß die Wohnung nicht mehr ein Feld des Individualismus bleiben kann angesichts der allgemeinen Not, ist vielen schon ein vertrauter Gedanke. Ein Beispiel: In den Zeitungen war von einem Morde im Berliner Westen zu lesen. Der Ermordete war Alleinbewohner von zehn Zimmern, während sein Sohn zwar in Berlin, aber getrennt von ihm lebte. Bei dieser Notiz war mir, trotz des abscheulichen Verbrechens, besonders auffällig die Tatsache, daß hier ein Einzelner soviel Räume zur Verfügung hatte, wie sie in dicht bevölkerten Vierteln von vierzig und mehr Menschen bewohnt werden müssen.

Die Stadt hat die Umbaukosten zu tragen und entschädigt auch den Eigentümer, wenn durch Einbau einer Küche anstatt eines Zimmers der Ertrag sinken würde. Eine Erhöhung der Zimmerzahl durch Einbau von Wänden kommt leider nur in seltenen Fällen in Frage, weil die oft weit über Bedarf großen Räume wegen mangelnder Belichtungs- und Lüftungsmöglichkeit nicht geteilt werden können. Es handelt sich ja dann immer um tiefe Stuben mit schmaler Fensterwand. Nur bei Eckhäusern läßt sich eine Erhöhung der Zimmerzahl erreichen. Tatsächlich ist für eine kopfreiche Familie die Größe der Stuben nicht so wichtig, wie ihre Zahl und die vermehrte Wandfläche zum Aufstellen der Möbel. Die Zeit ist auch nicht darnach, große Gesellschaften und Bälle in den Wohnungen abzuhalten.

Die Zahl der durch die angegebenen Maßnahmen in Villen und Miethäusern verfügbar werdenden Wohnungen verringert die Nachfrage keinesfalls derart, daß Neubauten überflüssig werden. Es gilt ja, die Ansiedelung auf dem Lande und in Eigenhäusern mit beschränkter Selbstversorgung im Weichbilde der Städte zu ermöglichen, auch die Umgestaltung unserer Industrie zu erleichtern. Um so mehr muß darauf gedrungen werden, daß den Städten ein gesetzlicher Zwang zum Wohnungsbau auferlegt wird. Sie können diese Aufgabe auch an Genossenschaften übertragen, die von ihnen unterstützt und beaufsichtigt werden. Trotz der Ueberteuerungszuschüsse wird ja das Bauen aus privater Initiative auf lange Zeit unwirtschaftlich bleiben, so daß dem Privatunternehmer das Feld nicht überlassen werden kann; ist doch vor dem Kriege das Bauen vielfach nur dadurch einträglich gewesen, daß durch den Bauschwindel ein Teil der Kosten unbezahlt blieb.

Da das Errichten von Etagenhäusern infolge des Kohlenmangels — von sozialen Gesichtspunkten ganz abgesehen — auf Jahre ausgeschaltet wird, so bleibt für die städtische Bautätigkeit nur der Flachbau. Dieser muß mit allen Mitteln betrieben werden, und zwar — da für dieses Jahr nicht mehr viel zu hoffen ist — zum nächsten Frühjahr ohne jeden Zeitverlust einsetzend. Dabei müssen wir uns nach der Decke strecken, also mit den vorhandenen Materialien und dort bauen, wo sie vorhanden oder auf dem Wasserwege billig heranzuschaffen sind. In selteneren Fällen werden das gebrannte Ziegel sein, sonst Kies und Sand zum Beton, in den meisten Fällen der Lehm in der Anwendung zu Lehmstampfbau, zu lufttrockenen oder mit Holz gebrannten Lehmsteinen.

Ein geeigneter Weg scheint mir die Zusammenstellung von kleinen Gruppen oder größeren Kolonnen der erforderlichen Arbeiter, die unter geeigneter Führung genossenschaftlich arbeiten, wie die russische Artjel, möglichst unter Mitarbeit der Siedler. Die einzelnen Arbeiten müssen so ineinandergreifen, daß auf das schnellste und billigste gebaut wird. Was an Fenstern, Türen, Treppen usw. erforderlich ist, muß in Mengen nach Normen gearbeitet und an geeigneten Plätzen auf Lager gehalten werden. In dieser Art wollen die zunächst in Sachsen gegründeten „Baugemeinschaften" wirken. Natürlich wird möglichst nach Typen gebaut werden, doch darf kein Schema Platz greifen, sondern man muß sich geschickt den örtlichen Materialien anpassen, wie wir es bei den Behelfsarbeiten im Felde dauernd getan haben. Wo ein wirklich gutes, neues Patent geschützt wurde, kann ein solches Verfahren zwangsweise allen Baulustigen gegen eine von der Gemeinde gezahlte Ablösungssumme oder eine staatlich festgesetzte niedrige Lizenz freigegeben werden.

Wir brauchen also keinen kapitalistischen Betrieb mit hohen Spesen, sondern Selbsthilfe, Genossenschaft, Unterstützung durch die Allgemeinheit. Nur wenn letztere versagt, müßten kapitalistische Unternehmungen eingreifen. Für die Bauausführung würde eine Zentralisierung nur teuer sein und schwerfällig arbeiten, ohne die örtlichen Verhältnisse ausnutzen zu können. Es ist merkwürdig, daß unsere großen Baufirmen sich durchweg auf ein System festgelegt haben, statt eine derartig elastische Bauweise anzuwenden. Schuld daran ist wohl das Reich, das seine Ueberteuerungszuschüsse anfangs nur auf massive Bauten geben wollte, statt jede Art der Wohnungsherstellung zu unterstützen, die auf wenigstens zehn Jahre Dauer versprach.

Auch die bureaukratische Bewirtschaftung der Baustoffe hat viel geschadet. Man mußte sofort auf Verwendung aller Materialien hinwirken, also den Zement solchen Bezirken zuführen, in denen Ziegel und Lehm fehlen, vorher aber den für Fundamente und Verputz der Lehmbauten notwendigen Zement bereitstellen, weil auf diese Weise mit demselben Quantum mehr Bauten ermöglicht werden, als bei vollständigen Betonbauten. Ueberhaupt wird man während der ganzen Dauer der Kohlenknappheit solche Massivbauarten fördern müssen, die weniger Kohle brauchen, also Betonbau vor Ziegelbau.

Aber die Bauenden müssen auch ganz wesentlich ihre Wünsche den Zeitverhältnissen anpassen. Wer heutzutage Gelegenheit hat, eine große Zahl von Bauwünschen kleiner Gewerbetreibender, mittlerer Beamter, gelernter Arbeiter usw. zu hören, der findet fast durchweg Ansprüche an Zahl, Größe und Ausstattung der Räume, als seien wir noch ein wohlhabendes Volk, als wäre nicht alles Bauen um das Vier- bis Fünffache verteuert. In den Baulustigen ist vielfach die Vorstellung erweckt worden, daß infolge genialer Erfindungen das Bauen noch immer zu niedrigen Preisen möglich sei, während es in Wirklichkeit darauf ankam, besonders unsinnig gesteigerte und seltene Baustoffe zu ersetzen und vor allem überhaupt eine Bautätigkeit zu ermöglichen. Es gilt also auf viele Bequemlichkeiten zu verzichten, auch dann ergibt sich noch ein großer hygienischer, sozialer und moralischer Fortschritt gegen die überfüllten Mietkasernen der Großstadt.

Je mehr wir auf alle Arten Wohngelegenheiten schaffen und besonders die Städte entlasten, desto schneller wird die Knappheit an den früher üblichen Baustoffen und mit ihr der Schleichhandel mit der unsinnigen Ueberteuerung weichen.

Darum: Laßt uns nun endlich Taten sehen! Daneben aber Aufklärung durch Rede und Schrift! Die Wohnungsfrage ist eine der Schicksalsfragen unseres Volkes!

Dr. ing. Kurt Ehrenberg.

Gewerkschaftsbewegung.

Im Berliner Metallarbeiterstreik ist es bisher zu keiner Einigung gekommen. Der Reichsarbeitsminister soll um eine Vermittlung ersucht werden. Die Fünfzehner-Kommission des deutschen Metallarbeiterverbandes und das Metallkartell der Groß-Berliner Gewerkschaften erlassen einen Aufruf zur Unterstützung der Arbeiter. Die von den Gewerkschaften gezahlten Unterstützungen reichen bei weitem nicht aus, die überaus teure Lebenshaltung der Streikenden und Ausgesperrten zu bestreiten. Es soll ein Unterstützungsfonds für Streikende und Ausgesperrte geschaffen werden. Beitragsmarken von 5 und 10 Mark werden verausgabt.

Kunst und Wissenschaft.

Adelina Patti †. Adelina Patti ist, siebzig Jahre alt, in Wales gestorben. Jahrzehnte müssen wir in der Weltkunstgeschichte zurückdenken, um zu ermessen, welchen Eindruck der Klang dieses melodiösen Namens im Herzen der Menschheit zurückließ. Adelina, das war die vollendetste Verkörperung jener so leicht wiegenden Richtung des Gesanges, der sich ganz und gar nur der Schönheit des Ausdruckes, des Klingens, der Bravour und Virtuosität von Verzierungen, dem perlenden Dahinschweben der Töne und chromatischen Tonreihen hingab. Die Patti war die Königin im Reiche des bel canto, die Siegerin der Stimme gegen die Kunst der Komposition; sie war der Typ des vergötterten Weltstars, der Herrscher zu Beherrschten, Phlegmatiker zu Berauschten, Künstler zu Kunstfertigen wandelte. Dieser Circe mit der kleinen, geschmeidigen, glockenreinen und weitumfassenden Stimme, mit der Spielbegabung der Wundermenschen wurden die Arien auf Ton, Umfang und Art ihres Gesanges geschrieben. Sie kam auf und ab und agierte, schwebte wie eine Lerche über die Bretter, trillerte, jubilierte und spielte mit der Stimme und dem Temperament — und stets war Begeisterung, Rausch und Entzückung. Ein Stern wie die Lucca, die Jenny Lind, die Henriette Sonntag. Diese hohe Kunst der Virtuosin ist ausgestorben. Adelina Patti ragte als letzte lebende Vertreterin ihres Faches in unsere Zeit hinein. Ihr Rollenfach war begrenzt, zumal sie im Versuch dramatisch-bewegter Rollen neuerer Zeit scheiterte. Sechzehnjährig, sang sie die Lucia, die ihren Weltruf begründete, sang sie die „Königin der Nacht" und die „Rosine" und ein halb Dutzend anderer Koloraturrollen in Werken Mozarts, Verdis, Rossinis und Meyerbeers. In Tournees durch den gesamten Kontinent, besonders in Italien und Rußland, lehrte sie durch ihr Beispiel, daß die meisterhafte Vollendung einer mühelos ansprechenden Stimme die Feinkunst und Grazie des Vortrags selbst in schwindelnden Regionen als Selbstzweck möglich ist. Seit Jahrzehnten hatte man von der berühmten Frau gehört, daß sie im märchenhaften Reichtum auf Schlössern lebte und Gäste aus aller Welt empfing. Jetzt, da die Nachricht von ihrem Tode eintrifft, fühlen wir: der Name Adelina Patti ist das Symbal einer vergangenen und fast vergessenen Kunst. Vielleicht dürfen wir sagen: einer leider überlebten Kunst.

Sprechsaal.

(Für den Inhalt dieser Rubrik übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.)

Nochmals das Hochofenwerk.

Auf die Erklärungen des Genossen Senator Mehrlein in Nr. 225 dieses Blattes ist seitens der Arbeiterschaft des Hochofenwerkes zur Klarstellung folgendes zu erwidern: Der Kollege Thomas bestreitet die ihm zur Last gelegten Aeußerungen ganz entschieden. Die ganze Lübecker Arbeiterschaft wird es jedoch billigen und verstehen, daß es besonders im Landesversorgungsamt dringend erforderlich ist, zeitweilig kräftige Worte zu gebrauchen um unsere Behörden, die nachgewiesenermaßen wiederholt größte Fehler begangen haben, aufzurütteln. Der Kern der Sache, den Senator Mehrlein jedoch umgeht, ist folgender: Die Arbeiterschaft des Hochofenwerks betrachtet die in der fraglichen Bürgerschaftssitzung gegen sie getane Aeußerung als eine „Antritts- oder Programmrede" und bedauert es tief, daß solche von einem Genossen gegen sie und nicht gegen „rechts" gerichtet worden ist, was u. E. nach ganz entschieden richtiger gewesen wäre. — Daß unser Direktor die Rede noch unterstrich, verstehen wir.

Der Arbeiter-Ausschuß des Hochofenwerks Lübeck A. G.
Delfs, Obmann.

Es tut mir ja leid, daß Herr Thomas solche Aeußerungen getan hat, aber ich kann es doch nun mal nicht ändern. Auch habe ich seine Ausführungen nicht zurückgewiesen, sondern Kollege Henze. Im übrigen kann ich den Genossen im Hochofenwerk versichern, daß schon vor dem Eintritt seiner Kollegen in das Landesversorgungsamt nicht nur kräftige Worte, sondern auch Taten von den damaligen Arbeitervertretern erfolgt sind. Dafür birgt die Gesamttätigkeit dieser Genossen in der Arbeiterbewegung. Als mancher der heutigen Hochofenwerkarbeiter überhaupt noch nicht wußte, was Organisation und Verband bedeutete, — denn ein Blick in die Mitgliedsbücher wird vielen beweisen, wie jung ihre Verbandszugehörigkeit ist — haben diese Genossen, zu denen auch ich gehöre, ihr Bestes daran gesetzt, Besserungen in der Ernährungsfrage zu erreichen. Wenn nicht allzuviel dabei herauskam, so lag es an den Verhältnissen. Ich würde mich sehr freuen, wenn den neuen Vertretern mehr Glück hierin beschieden wäre! Was nun die „Antrittsrede" nach links betrifft, so sei bemerkt, daß ich nicht gern Lufthiebe austeile, sondern greif- und fühlbare. Das hätte ich aber tun müssen, wenn ich in der Bürgerschaft nach rechts gesprochen hätte, wo ich gar nicht angegriffen wurde. Wenn es aber einmal dazu kommen wird, hoffe ich dann den Beifall des Hochofenwerks zu finden, der mir jetzt versagt wurde, worüber ich aber mich tröste in dem Bewußtsein, meine Schuldigkeit getan zu haben.

F. Mehrlein.

Einige Worte zur Sicherheitspolizei.

In Lübeck haben wir nun bald eine Sicherheits- und Ordnungspolizei. Nach den Ausführungen des Herrn Polizeisenators soll zu dem Anzug derselben der Stahlhelm gehören. Damit nun jeder gleich weiß, daß zum großen Teil die Sicherheitspolizei aus Reichswehrleuten besteht, wird sie mit dem Stahlhelm, an dem viele Personen Anstoß nehmen, ausgerüstet. Nun frage ich: wer gibt nun hier den Anlaß zur Unzufriedenheit, ja vielleicht zu Beschimpfungen der neuen Sicherheitspolizei? Doch die Behörde, die solche Anordnungen trifft. (Es handelt sich um eine Anordnung des Reiches.) Ich sehe, und mancher wird mir beipflichten, in dem Stahlhelm die Verkörperung des Militarismus! Nach der Revolution tragen die Schutzleute nicht mehr den Helm, den Säbel haben sie leider wieder. Der Gummiknüppel würde ihn als praktische Waffe besser ersetzen. Ebenso ist es bei den Zollaufsehern, die immer noch den Säbel tragen, der meines Erachtens nach nur ein altes Erbstück des Militarismus ist, welches im praktischen Dienst gar keinen Wert hat. Die gesamte Schutzmannschaft müßte sich dagegen wehren, daß den zur Sicherheitspolizei übertretenden Kollegen der Stahlhelm aufgedrückt werden soll. Damit nun nicht gleich der Anzug der Sicherheitspolizei auf die Bevölkerung herausfordernd wirkt, rufe ich dem Polizeiherrn zu: Fort mit dem Stahlhelm, die Mütze tuts auch!

J. Holm.

Drucksachen jeder Art für Beamte, Handwerker und Gewerbetreibende werden sauber und pünktlich ausgeführt in der Buchdruckerei des „Lübecker Volksboten", Johannisstr. 46.

Meldung von Militärurlaubern.

Nachdem das Garnisonkommando aufgelöst ist, sind die Meldegeschäfte für beurlaubte Militärpersonen auf das Polizeiamt übergegangen. Alle Militärurlauber haben sich demgemäß im Polizeibureau (Kanzleigebäude, Eingang Hafenpforte) an- und abzumelden.

Lübeck, den 30. September 1919.

8121) **Das Polizeiamt.**

Bekanntmachung.

Für die Bewachung des Hafens werden auf einige Tage Hilfskräfte gegen Bezahlung gesucht. Mitglieder der Einwohnerwehr werden bevorzugt. Anmeldung Schüsselbuden 16, 2. Stock, am 2. Oktober vorm. 9—1, nachm. 3—7 Uhr.

8165) **Das Polizeiamt.**

Einschränkung des Gasverbrauchs.

Im Einvernehmen mit der Betriebsbehörde bestimmt das Polizeiamt unter Aufhebung seiner Verordnung vom 6. Juni d. Js., daß bis auf weiteres Gas nur in der Zeit von

5½ bis 7½ Uhr morgens
11 „ 1½ „ mittags
3 „ 4 „ nachmittags
5½ „ 10 „ abends

entnommen werden darf. In den Zwischenzeiten, in denen die Gasentnahme verboten ist, den sogenannten Sperrzeiten, wird der Druck im Leitungsnetz auf ein Mindestmaß zurückgenommen.

Um Gasentweichungen, das Verlöschen von Zündflammen und die Ansammlung von Luft in den Gasleitungen zu verhindern und daraus entstehenden Gefahren vorzubeugen, haben die Gasabnehmer die Absperrhähne an Brennern, Kochern und sonstigen Verbrauchsapparaten in den Sperrzeiten wie überhaupt während der Nichtbenutzung sorgfältig geschlossen zu halten.

Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 150 Mark oder mit Haft bis zu 14 Tagen bestraft; außerdem kann die Gasentnahme sofort gesperrt werden.

Lübeck, den 30. September 1919. (8122

Das Polizeiamt.

Die nach der Bekanntmachung vom 25. August 1917, betreffend Einschränkung des Gasverbrauchs, zu 5, Absätze 1 und 2 freigegebene Monatsmenge beträgt für den Oktober 1919: **50 cbm.**

Lübeck, den 30. September 1919. (8125

Die Betriebsbehörde.

Bekanntmachung

betreffend

die Nachversteuerung von Zündwaren.

Gemäß § 48 des Zündwarensteuergesetzes vom 10. September 1919 unterliegen der **Nachsteuer** (und soweit es sich um aus dem Ausland eingeführte Zündhölzer und dergleichen sowie um Zündkerzchen handelt, außerdem dem Nachzoll).

1. Zündhölzer, Zündspänchen und Zündstäbchen aus Strohhalmen, Pappe oder sonstigen Stoffen;
2. Zündkerzchen aus Stearin, Wachs oder ähnlichen Stoffen;
3. Feuerzeuge
   a) mit Zündsteinen oder Zündschienen aus Zereisen oder anderem Zündmetall;
   b) Platinselbstzünder für Gasglühlampen;
   c) mit anderen Zündvorrichtungen;
4. Zündsteine oder Zündschienen aus Zereisen oder anderem Zündmetall, insoweit sie nicht in Verbindung mit einem Feuerzeug gebracht sind,

die sich am **1. Oktober 1919** außerhalb der Räume eines angemeldeten Fabrikbetriebes, eines Zoll- oder Steuerlagers oder einer Zollniederlage im Besitze von Herstellern, Händlern, Wirten, Konsumvereinen, Kasinos, Logen und ähnlichen Vereinigungen, ferner in Automaten oder ähnlichen zum Verkaufe dienenden Vorrichtungen befinden. Händler im Sinne der Zündwaren-Nachsteuerordnung sind alle Personen, welche vor dem Inkrafttreten des Zündwarensteuergesetzes vom 10 September 1919 Zündwaren in größeren Mengen angekauft haben, um sie nach dem 1. Oktober 1919 weiter zu verkaufen.

Konsumvereine, Kasinos, Logen und ähnliche Vereinigungen gelten auch dann als Händler, wenn sie die Zündwaren nur an ihre Mitglieder oder nur in ihren eigenen Räumen abgeben.

Der Anmeldung und Nachversteuerung oder Nachverzollung unterliegen auch alle Zündwaren, die sich in den Privaträumen der Händler usw. befinden.

Zur Anmeldung der nachsteuerpflichtigen Zündwaren sind die amtlich zu liefernden Vordrucke zu verwenden.

Ueber die Ausgabe der Vordrucke ergeht eine weitere Bekanntmachung.

Lübeck, den 30. September 1919. (8155

Lübeckisches Hauptzollamt.

Bekanntmachung

über

die Entrichtung des Freigeldes für die am 1. Oktbr. 1919 vorhandenen Trinkbranntweinbestände.

Nach dem Branntweinmonopolgesetz vom 26. Juli 1918 unterliegen die am 1. Oktober 1919 im freien Verkehr befindlichen Bestände an Trinkbranntwein dem Freigeld.

Von der Entrichtung des Freigeldes sind befreit Trinkbranntweinbestände, die

a) sich im Besitze von Verbrauchern befinden,
b) bei anderen als Verbrauchern vorhanden sind, aber bis zum 31. Dezember 1919 abgegeben werden.

Nicht zu den Verbrauchern gehören Gast- oder Schankwirte und andere Gewerbetreibende, die sich mit dem Ausschank oder dem Vertriebe von Trinkbranntwein befassen, sowie ferner Konsumvereine, Kasinos, Kantinen, Logen und ähnliche Vereinigungen.

Die am 1. Oktober im freien Verkehr und nicht im Besitze von Verbrauchern befindlichen Trinkbranntweinbestände sind vom Besitzer bei dem Lübeckischen Hauptzollamte anzumelden. Diejenigen Anmelder, die die unter b) vorgesehene Befreiung in Anspruch nehmen wollen, haben die Anmeldung in doppelter Ausfertigung einzureichen und über den weiteren Verbleib des Branntweins demnächst die in dem Anmeldevordruck vorgesehenen weiteren Anschreibungen zu führen.

Zur Anmeldung sind die amtlich zu liefernden Vordrucke zu verwenden. Ueber die Ausgabe der Vordrucke ergeht eine weitere Bekanntmachung.

Lübeck, den 30. September 1919. (8123

Lübeckisches Hauptzollamt.

Wir bitten etwaige noch unerledigte Ansprüche aus Quittungen über im Jahre 1915 an das Lazarett Alte Irrenanstalt geliehene Gegenstände bis zum zehnten Oktober bei unserer Geschäftsstelle, **Große Petersgrube 4,** vormittags zwischen 10 und 12 Uhr anmelden zu wollen.

Vereine vom Roten Kreuz

8143) Abteilung Liebesgaben.

Plötzlich und unerwartet entschlief Dienstag nachmittag 2¾ Uhr infolge eines Unglücksfalles unsere geliebte, gute Tochter, unsere liebe Schwester und Enkelin

Adelheid

in ihrem 23. Lebensjahre.

In tiefstem Schmerz

Franz Jaekstat und Frau geb. **Peise,**
Emil und **Käthe Jaekstat,**
Großmutter Peise,
Verwandte und alle, die ihr nahestanden.

Lübeck, Hansastraße 160.

Bestattung Montag 3¾ Uhr von der Leichenhalle des Vorwerker Friedhofes aus. (8162

1 Wäschekübel zu verkaufen. (8136
Arnimstraße 3.

Grüner Papagei zu verk.
8120) Johannisstr. 9 I.

Eine gr. Kinder-Bettstelle mit Matratze zu verk. (8131
Schützenstr. 52 b. rechts.

Zu kfn. ges. 4 fach Gardinen (Uebergardinen) und 1 Sofa (Umbau). Ang. unter **H L** a. d. Exped. (8134

Ein dreiflammiger Gasherd billig zu verk. (8150
Waisenhofstr. 35 I., r.

Gute Manchester-Hose zu verkaufen. Zu erfr. in der Exped. d. Blattes. (8158

Sonnabend v. 11—6 Uhr 1 Bett, Bettdecke, Unterröcke, Gstühl z. verk. (8150
Kohlmarkt 12 II.

Zu verk. 1 Weinschrank, **Mädchen-Mantel u. Stiefel 39 zu vertauschen.** (8129
Hüxstraße 95 II.

Zu tausch. ges. e. Jünglings-Anzug, 14—16 Jahr., Ang. u. **B G** an die Exp. d. Bl. (8144

Neue Knabenstiefel, Gr. 36, für größere Nummer **zu vertauschen.**
8127) Hüxstr. 10.

Schwarz. Damenjackett, sehr gut erh., zu verk.
8133) Holstenstr. 10, II.

Ein fast neuer Kindermantel, für 2—4 Jahr., zu verk. (8139
Georgstraße 34, part.

Gef. Herrenuhrkette (Dbl.), Damenschirm. Ang. m. Pr. u. **W 4** an d. Exp. (8137

Zugelaufen am Mittwoch e. gelbe **Hündin.** Abzuh. g. Erstatt. d. Un- u. Futterkosten Engelsgr. 59, Hth. I, r. (8146

Ein Posten

Buckskin- u. Zwirn-Hosen

mit leichten Lichtstreifen

jede Hose **29⁰⁰ Mk.**

Johannes Holst

Markt 6. (8126) Kohlmarkt 6.

Für Herbergen

Fremden-Meldezettel in Block.

Zu beziehen

Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Rechnungs-Formulare

werden hergestellt in der Buchdruckerei

Friedr. Meyer & Co.
Buchhandlung.

Hillgers Handbuch der verfassunggebenden deutschen Nationalversammlung 1919

enthält Lebenslauf u. Bilder der Mitglieder der Nationalversammlung.

2.50 Mk.

Buchh. Fr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Prima-Wechsel in Block.

Zu beziehen

Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Visitenkarten

fertigt an

Friedr. Meyer & Co.
Johannisstraße 46.

Reuters Werke
2 Bände **11.— Mk.**
Schillers Werke
2 Bände **11.— Mk.**
Freiligraths Werke
1 Band **8.50 Mk.**
Hauffs Werke
mit viel. Illustr. **11.— Mk.**

Buchhdl. Fr. Meyer & Co.
Johannisstr. 46.

Einem werten Publikum von Lübeck, Freunden und Bekannten zur Nachricht, daß ich das

Restaurant Zur Glocke

Glockengießerstraße 85

käuflich übernommen habe. Es wird stets mein Bestreben sein, für gute Speisen und Getränke Sorge zu tragen.

Hochachtungsvoll

Wilh. Kamradt,

8161) Glockengießerstraße 85.

Zur gefl. Beachtung.

Vom 1. Oktober ds. Js. ab regelt sich die Entlohnung des Bedienungspersonals laut Tarifabschluß folgendermaßen:

Die **Kellner** sind berechtigt und verpflichtet in

Weinlokalen **7%**

in allen übrigen Restaurants, Kaffees und Vergnügungslokalen **10%** der Rechnung des Gastes als **Bedienungsgeld** zu fordern.

Verein Lübecker Wirte.
Verein der Gast- und Schankwirte von Lübeck und Umgegend.
Deutscher Kellnerbund Bez.-Verein Lübeck.
Verband der Gastwirtsgehilfen. Ortsverwaltung Lübeck. (8120

Mehrere Regale mit Türen, mit offenen Abteilungen und mit Schubkästen zu verkaufen. 8142) **Näheres Königstr. 38,** Erdgeschoß.

4% Anleihe des Kreises Herzogtum Lauenburg

— mündelsicher —

Tilgung nur durch Auslosung zu pari.

Stücke zu Mk. 5000.—, 2000.—, 1000,—, 500.—

Wir sind bis auf weiteres Abgeber zum Kurse von **94** %. 8128

Vorschuss- und Spar-Vereins-Bank in Lübeck.

Für Hochzeiten, Gesellschaften und sonstige festliche Gelegenheiten empfehle meine

Bier-Siphons

mit gut gepflegten erstklassigen Bieren verschiedenster Art (hell, dunkel und Nürnberger Tucherbräu).

Heinrich Fürböter.

Telef. b. a. w. Nr. **965.** Fischstraße 12. (6116

Bruchbänder, Leibbinden, künstl. Glieder, Gummiwaren, chirg. Artikel, Verbandstoffe

Dr. med. H. Wolfermann & Cie.

Beckergr. 2. **Lübeck.** Haus Opera.
Lieferant der Krankenkassen.
Damenbedienung.

Für die von uns angefertigten Bruchbänder übernehmen wir für guten Sitz und sichere Zurückhaltung auch der schwersten Brüche jede Garantie. 8108